Nr. 137 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 16. Juni 1925

# Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hara 42/44. Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hara 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

## Partei und Reichsbanner.

Von Franz von Puttkamer.

Es gibt in der Geschichte der Massenbewegungen der ganzen Welt kein Gegenbeispiel für die rapide Entwicklung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das im Laufe eines einzigen Jahres Millionen von Mitgliedern an sich zog und trotzdem noch längst nicht auf seinem Höhepunkte angelangt ist. Zeigt uns doch der Ansturm von Beitrittserklärungen nach der Wahl Hindenburgs, daß noch Millionen von Republikanern in Reserve stehen, auf die man am Tage eines Verfassungsbruchs mit unbedingter Sicherheit rechnen kann. So sehr uns das Vorhandensein dieser Millionenreserven freut, so sehr müssen wir dies vorläufige Beiseitestehen entschlossener Linksleute beklagen.

Denn das Reichsbanner ist nicht nur eine Abwehrorganisation „für den Tag" des Rechtsputschs, sondern erfüllt schon jetzt dauernd wichtige Gegenwartsaufgaben, die es um so besser erfüllen kann, je größer seine Zahl ist. Das Reichsbanner zeigt die Farben der Republik und demonstriert durch seine Massenaufmärsche in Stadt und Land augenfällig die Entschlossenheit des demokratischen Bürgertums und der sozialdemokratischen Arbeiterklasse, gibt durch seine Umzüge, die es stets absichtlich durch Arbeiterviertel lenkt, bürgerlichen und proletarischen Republikanern das Gefühl des Stolzes und des Selbstbewußtseins und entmutigt die Gegner. Bei jeder Demonstration zeigt sich das Reichsbanner als das, was es ist, als Masse des arbeitenden Volkes, und nach dem Gesetz, daß Massen Massen anziehen, zerstört es allmählich die Arbeitnehmerreserven der reaktionären „Volksparteien". Das Reichsbanner bringt allein durch sein Erscheinen den Arbeitern und Angestellten, die im Stahlhelm, Jungdo, Wehrwolf, Viking usw. dem ausbeutenden Unternehmertum die Kastanien aus dem Feuer holen, zum Bewußtsein, daß sie Verräter an ihrer Klasse, Verräter ihres eigenen Interesses sind, wenn sie der nationalistischen Phrase folgen. Diese suggestiven Wirkungen auf Anhänger und Gegner sind politische Machtfaktoren allerersten Ranges. Die rührende Opferwilligkeit zahlloser unbemittelter Reichsbannerleute gilt diesen Zielen und sollte die noch abseits stehenden Republikaner wahrhaft beschämen.

Zu dieser Wirkung des Reichsbanners nach außen kommt eine politisch höchst bedeutsame geistige Erziehungsarbeit, die in den Reihen des Reichsbanners selbst vor sich geht. Politische Aufklärung wird an viele Menschen herangebracht, die bisher politischer Bildungsarbeit fernstanden. Das Solidaritätsbewußtsein, das sich allen Menschen mitteilte, die in einer Massenbewegung marschieren, wächst und wird ebenfalls durch systematische Bildungsarbeit vertieft. Es erstarkt also das Solidaritätsbewußtsein der sozialdemokratischen Reichsbannerleute untereinander. Das Reichsbanner hat eben eine Fülle neuer Kraftquellen erschlossen, indem es Tausende von Menschen zu verantwortungsvoller und höchst wirksamer Arbeit herangog.

Es erstarkt aber auch durch das Reichsbanner das Zusammengehörigkeitsgefühl des freiheitlich gesinnten Teiles des Bürgertums mit der klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Das Streiten und Arbeiten für diejenigen Ziele, die beiden gemeinsam sind: politische Gleichberechtigung, gleiches Wahlrecht, Weimarer Verfassung, Republik, würde sich im Rahmen miteinander verbündeter Organisationen nicht so stark auswirken können, wie das im Reichsbanner geschieht. Die Anhänger des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei, die in den Reihen des Reichsbanners marschieren und infolge des zahlenmäßigen Ueberwiegens der sozialdemokratischen Arbeiter im Reichsbanner umringt von Arbeitern marschieren, sind für ewig bürgerlicher Solidarität gegen die Arbeiterschaft verloren. Auch die Intellektuellen unter den Bürgerlichen erkennen, daß aus der sozialdemokratischen Bildungsarbeit der Jahrzehnte und aus der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung ein Menschentyp herangewachsen ist, der nicht nur mehr geistige Interessen als die Jugend der sogenannten „besseren Gesellschaft" hat, sondern vor allem mehr Ideale hat, daß die deutsche Arbeiterschaft schon durch das kulturelle Niveau, das sie sich im Emanzipationskampfe der letzten Jahrzehnte errungen hat, den Anspruch auf politische Gleichberechtigung, den Anspruch auf wirtschaftliche Besserstellung erkämpft hat. Das gefühlsmäßig genährte bürgerliche Vorurteil, daß ein Handarbeiter ein minderwertiger Mensch und ein sozialdemokratischer Arbeiter ein Scheusal sei, zerbricht bei Leuten, die im Zusammenwirken mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Bildungshöhe, die Bildungsfähigkeit und den Bildungshunger, den Idealismus des deutschen Arbeiters kennenlernen.

Auf diese Weise erhöht das Reichsbanner die Stoßkraft des Proletariats, es erwirbt der Arbeiterschaft Bundesgenossen in ihrem Befreiungskampfe aus den Fesseln der Ausbeutung. Wer wollte auf Bundesgenossen verzichten? . . .

Das Reichsbanner verdient also gerade im Interesse der Partei und ihrer Ziele die rückhaltloseste Unterstützung durch Partei und Gewerkschaften. Es muß Ehrensache aller unserer Organisationen sein, überall für das Reichsbanner zu werben, und Ehrensache weil Klassensache für jeden Genossen, im Reichsbanner tätig mitzuarbeiten. Der Haß der Rechten gegen das Reichsbanner mag den Zweifelnden Wegweiser sein.

Auch die Kommunisten werden durch den Anschauungsunterricht, den jeder Tag des Kampfes der Rechten gegen Partei und Reichsbanner gibt, schließlich auf unseren Weg geführt werden. Einigkeit der Arbeiterklasse und Bündnis mit dem freiheitlich gesinnten Teile des Bürgertums müssen und werden der Reaktion in Deutschland ein Ende bereiten.

## Bests Dank.

Die Deutschvölkischen haben vor wenigen Tagen Fraktionsstärke verlangt. Damit ist der von der sozialdemokratischen Fraktion Herrn Dr. Best bedingungslos zur Verfügung gestellte Ausschuß-Sitz frei geworden. Dr. Best hat aus diesem Anlaß ein Dankschreiben an die sozialdemokratische Fraktion gerichtet, in dem er erklärt: „Es ist mir ein Bedürfnis, der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt meinen wärmsten Dank dafür auszusprechen, daß sie mir Gelegenheit gegeben hat, meinen Standpunkt in der Aufwertungsfrage zu vertreten. Dieser Dank wird dadurch nicht gemindert, daß mein Wirken bisher an dem geschlossenen Widerstand der Gegner einer gerechten Aufwertung scheiterte. Die Handlungsweise der Fraktion ist um so höher zu stellen, als sie meines Wissens des Vorbildes entbehrt, die Hilfe einem politisch Andersdenkenden zuteil werden läßt und ihm gestattet wurde, abweichend von der Fraktion Ausführungen zu machen und Anträge zu stellen."

Dr. Best stellt der Fraktion anheim, von dieser Erklärung beliebig Gebrauch zu machen.

**Die Reichshauptkasse.** Nach einer Uebersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse für Mai beträgt die Summe der Einzahlungen 629 065 085 Mk., die der Auszahlungen 646 998 852 Mk., so daß ein Zuschuß von 17 933 769 Mk. nötig ist. Der Stand der schwebenden Schuld betrug am 30. Mai 156 896 551 Mark 20 Pf.

# Die betrogenen Sparer.

### Deutschnationale Jesuiten-Moral. / Was ist von den Wahlversprechungen gehalten worden? / Antwort: 25 Prozent.

## Sparer, seht Euch Eure Ausbeuter an!

Von Eduard Bauermeister.

Die Sparer, Leute mit Ehre und Gewissen, besorgt um ihre und ihrer Kinder spätere Zukunft, sind durch die 3. Steuernotverordnung, das Werk Dr. Luthers, ihrer Spargroschen beraubt worden. Sauer verdiente Groschen, kleinere Vermögen, die durch Zinsen nutzbar gemacht werden sollten, wurden in Staats-, Gemeinde- und sonstigen Wertpapieren angelegt und so dem Staate zur Verfügung gestellt, der seinen Verpflichtungen dadurch nachkommen konnte.

Verschiedene Sitzungen des Reichstags, des Aufwertungsausschusses waren insgesamt mit der Frage beschäftigt, wie den Gläubigern zu helfen ist. Leider brachten diese Verhandlungen den Sparern solche Enttäuschung, daß es höchste Zeit ist, mit den einzelnen Parteien, ganz besonders den Regierungsparteien, Fraktur zu reden.

Die Deutschnationale Volkspartei, die auf Grund der Wahlversprechungen einen großen Teil der Sparer geködert hat, hat deren Hoffnung schändlich mit Füßen getreten. Es ist schwer anzunehmen, daß diese Partei nach Eintritt in die Reichsregierung sich von den früher von ihr sehr bekämpften Ministern belehren ließ. Viel glaubhafter aber erscheint mir die Tatsache, daß neben den Vertretern des Großkapitals und der Großindustrie, Dr. Luther und Dr. Stresemann, auch die Vertreter der Großagrarier, Dr. Schiele, v. Schlieben, Graf Kanitz, sich darüber einig sind, **ihre Werte während der Inflation vermehrt und ihre Staatsanleihen zum Bezahlen von Steuern usw. verwandt haben. Für sie liegt sonach kein Interesse vor, die sauer verdienten und angelegten Gelder der „Stimmvieher" aufzuwerten. Man glaubt, den verarmten Spargläubigern vortäuschen zu können, daß es dem Reiche unmöglich sei, die Zinsen für eine gerechte Aufwertung nach Dr. Bestschem Vorschlag aufzubringen!**

Nun, Wege, auf denen ausreichende Mittel zur vollen Befriedigung der Sparer sichergestellt werden können, sind genug vorhanden. Allerdings für die heutigen Regierungsmänner sind diese Wege zu dornenvoll, führen sie doch zu denjenigen, die ihre Werte gesteigert, aber keine Werte verloren haben.

Wie wäre es denn, wenn die Herren Dr. Luther und Dr. Stresemann sich einmal die Neuanschaffungen der Industrie und die Häuserkäufe der Banken ansehen und die Herren Dr. Schiele, Graf Kanitz und v. Schlieben sich **für die gelöschten Hypotheken der Großagrarier interessieren würden?** Vielleicht ergibt auch die Prüfung der ehemals entschuldeten und heute schuldenfreien Hausbesitzer ein beachtenswertes Resultat? Haben vielleicht die Luxusautos auch eine Zunahme erfahren? **Aus welchem Fonds wurden denn die 700 Millionen Goldmark für die Ruhrindustrie entnommen?**

**Meines Erachtens können aus genannten Kreisen soviele Steuern herausgeholt werden, daß nicht nur die Zinsen für das volle Kapital der Sparer gedeckt, sondern auch kleinere Kapitalien voll ausgezahlt werden können.**

Es ist ein Skandal, daß man einerseits Kreise bereichert und von gerechten Steuern verschont, anderseits aber Kreise, auf deren Kosten die Bereicherung der anderen stattfand, vernichten und berauben will.

**Die Täuschung der Sparer durch die Regierungsparteien ist so rücksichtslos erfolgt, daß eine künftige Unterstützung dieser Parteien für jeden geprellten Sparer ausgeschlossen sein muß. Die hintergangenen Sparer werden bei der demnächstigen Aufwertungs-Abstimmung im Reichstag sich diejenigen Abgeordneten genau ansehen, die den absichtlichen Ruin großer Volksmassen durch die Annahme des vorliegenden Aufwertungsschandgesetzes wollen und demgemäß bei kommenden Wahlen handeln.**

**Aufwertungsbetrug Hüllschweigend zugesagt.**

## Die Aufwertung der Privatschulden.

Von Wilhelm Keil.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages hat sich bisher nur mit dem Gesetzentwurf beschäftigt, der die Verpflichtungen privater Schuldner regelt. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Hypotheken, Reallasten, Pfandbriefe, Rentenbriefe, Obligationen, Sparkasseneinlagen und Ansprüche an Lebensversicherungen. Die zweite Vorlage über die Schulden der öffentlichen Körperschaften, bei der die Kriegsanleihen im Vordergrunde stehen, wird vor Beendigung der ersten Beratung des erstgenannten Entwurfs in Arbeit genommen. Es erscheint schon jetzt als höchst zweifelhaft, ob es gelingt, beide Gesetze bis zum 30. Juni zu verabschieden. Gelingt das nicht, so werden die Regierungsparteien sich eine neue Blöße geben müssen durch Verlängerung der Geltungsdauer der 3. Steuernotverordnung, die nach einer von der Sozialdemokratie erkämpften Gesetzesbedingung am 30. Juni außer Kraft tritt. Einen Zwischenzustand, in dem es keine gesetzliche Sonderregelung der alten Schuldforderungen gäbe, will die Regierungsmehrheit nicht, weil damit die „Gefahr" verbunden wäre, daß da oder dort ein Gericht die Forderung des Gläubigers in viel höherem Grade anerkennen könnte, als den schuldnerfreundlichen Regierungsparteien erwünscht ist. Es ist also wahrscheinlich, daß die endgültige Entscheidung im Reichstag in der Aufwertungsfrage erst im Juli fallen wird.

Von der voraussichtlichen Gestaltung der Aufwertung der privaten Schuldforderungen kann man sich auf Grund der bisherigen Ausschuß-Beschlüsse bereits eine Vorstellung machen. Unerledigt ist zwar noch der wichtige § 12, der die Ansprüche behandelt, die der sogenannten individuellen Aufwertung unterliegen. Darunter sind z. B. die Guthaben an Fabrik- und Werksparkassen, die Kautionen usw. Ferner der § 13, der von den zwischen Schuldnern und Gläubigern abgeschlossenen Vergleichen handelt. In den viel umstrittenen Hauptfragen aber, die sich auf die Methode der Aufwertung (ob individuell oder schematisch), auf die Höhe des Aufwertungssatzes, auf die Verzinsung und Rückzahlung des Aufwertungsbetrages, auf die Rückwirkung usw. beziehen, sind im Prinzip die Würfel gefallen. **Wenngleich es immer noch gärt unter den Rechtsparteien, wenngleich noch einzelne weiße Raben unter ihnen sich in Rücksicht auf die bei den Gläubigern herrschende furchtbare Enttäuschung und Erbitterung um die Verbesserung einzelner Beschlüsse abmühen, so wird von den Grundlagen des berüchtigten Kompromisses der Rechtsparteien kaum noch wesentlich abgewichen werden. Das Verhalten der Vertreter dieser Parteien im Ausschuß ließ keinen Zweifel darüber, daß sie in den Punkten, von denen das Portemonnaie der zahlungsfähigen Schuldner berührt wird, nicht weiter mit sich handeln lassen wollen.** In allen materiell wichtigen Fragen machten die Regierungsparteien **mit den Anträgen der Sozialdemokratie und denen des Abgeordneten Dr. Best, der nur durch das Entgegenkommen der Sozialdemokratie Sitz und Stimme im Ausschuß hatte, sehr kurzen Prozeß. Sie würdigten diese Anträge keiner sachlichen Beratung, sondern ließen einfach die „übliche Mehrheit", wie der deutschnationale Vorsitzende sich auszudrücken pflegt, zur Ablehnung dieser Anträge in Funktion treten.** Nur bei Fragen von formal-juristischer Bedeutung, über die sich die Regierungsparteien selbst nicht einig waren, gab es noch Debatten — sonst nicht.

Der vielgenannte Bestsche Entwurf, der schon vor den Regierungsvorlagen dem Ausschuß überwiesen, dessen sofortige Beratung aber von den Deutschnationalen hintertrieben worden war, wurde glatt abgetan durch den von allen bürgerlichen Parteien gefaßten Beschluß, nur die Regierungsvorlage zur Beratung zu stellen. **Von den 16 deutschnationalen Abgeordneten, die seinerzeit nach langem Hängen und Würgen ihre Namen unter den Bestschen Entwurf gesetzt hatten, unterstützte ihn kein einziger.** Als dann die Höhe des Aufwertungssatzes bestimmt wurde, **lehnte die Rechtsmehrheit den Bestschen Antrag**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250616-16/fragment/page=0001

auf 50 Prozent ebenso ab, wie den sozialdemokratischen Antrag auf 40 Prozent. Es nützte nichts, daß die Sozialdemokraten an den Entwurf des Staatssekretärs Dr. Mügel erinnerten, der gleichfalls 40 Prozent vorschlug, und daß sie hinwiesen auf die Aufwertung der für den Kleinwohnungsbau gegebenen Darlehen aus öffentlichen Mitteln auf 40 Prozent. Die Kompromißparteien hatten sich einmal auf 25 Prozent Höchstsatz festgelegt, und keiner ihrer Vertreter tanzte aus der Reihe.

Geradezu jämmerlich ist die Verzinsung des Aufwertungsbetrages gestaltet. Der auf ein Viertel reduzierte Kapitalbetrag soll im ersten Halbjahr 1925 mit 1,2 Prozent, von ho an mit 2,5 Prozent, steigend bis auf 5 Prozent vom 1. Januar 1928 (!) an verzinst werden. Bezüglich der Rückzahlung ist noch eine Verschlechterung insofern eingetreten, als dem Schuldner auf seinen Antrag Stundung bis 1935 gewährt werden kann. Auch die Angabe der aufgewerteten Nachhypotheken ist für den Gläubiger ungünstiger als nach der Regierungsvorlage geregelt. Der Satz von 25 Prozent gilt jedoch nicht ohne weiteres für die Industrieobligationen. Hier tritt zur bisherigen 15prozentigen Aufwertung bei Altbesitzern ein Genußschein in Höhe von 10 Prozent, der aber nur Altbesitzern (d. h. solchen, die ihre Obligation seit 1. Juli 1920 noch besitzen) zugute kommt und nur wirksam wird, nachdem die Aktionäre zuvor 6 Prozent Dividende bekommen haben.

Sehr wenig erbaut werden die Gläubiger sein von dem Beschluß der Kompromißmehrheit, nachdem alle Hypothekarzinsen und Forderungen, die nach der 3. Steuernotverordnung individuell aufzuwerten waren, nunmehr unter die 25 Prozent fallen. Für Kaufgeldforderungen, die nach dem allgemeinen Recht, also individuell aufzuwerten sind, ist zwar der Termin auf 31. Dezember 1908 zurückverlegt worden. Gleichzeitig aber wurde diese „individuelle" Aufwertung auf 75 Prozent Höchstsatz beschränkt, sofern es sich um reine Goldmarkforderungen der Vorkriegszeit handelt. Besonders charakteristisch sind die Beschlüsse zu der Frage der Rückwirkung. Bei den Industrieobligationen, die im Betrage von 2½ Milliarden Goldmark in entwertetem Papiergeld zurückgezahlt wurden, ist jede Rückwirkung ausgeschlossen. Mit Vorbehalt gelöschte Hypotheken sollen ohne zeitliche Einschränkung bis zu 25 Prozent aufgewertet werden. Hypotheken, die nach dem 15. Juni 1922 ohne Vorbehalt getilgt wurden, sollen unter die Rückwirkung fallen. Das sieht aus wie eine erhebliche Verbesserung. Aber es sieht nur so aus. Denn durch einen zweiten Härteparagraphen wird die Rückwirkung wieder ausgeschlossen, „soweit sie für den Eigentümer oder den persönlichen Schuldner mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage oder auf die Höhe des bei der Veräußerung des Grundstücks erzielten Erlöses eine unbillige Härte bedeuten würde". Hiernach bleibt von der ganzen Rückwirkung, selbst von der, die seitens der Regierung vorgeschlagen war, so gut wie nichts übrig.

Mit allen Verlegenheitsausreden, wie sie die deutschnationale Eggelling Hergt kürzlich in Görlitz den empörten Gläubigern vortrug, daß die Regierung versagt hätte, daß die Wirtschaftskreise einen starken Druck ausgeübt hätten und dergleichen mehr, reiten sich die deutschnationalen Vertreter nur immer tiefer in die Tinte. Sind sie nicht selbst die Regierung, sind die Wirtschaftskreise nicht ihre Gesinnungsfreunde und Geldgeber? Gerade der letzte Umstand erklärt vieles.

*

## Die Füchse im Eisen.

### Dr. Best gegen deutschnationale Ableugnungsversuche

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat geglaubt, die Entblößungen Dr. Bests über frivole Demagogie und die parlamentarische Korruption in dieser Fraktion mit den Behauptungen abtun zu können, daß die Behauptungen Dr. Bests unwahr seien. Gegenüber diesem Ableugnungsversuch stellt Dr. Best folgendes fest:

„Zu der Darstellung, die ich unter der Ueberschrift „Mein Reichstagsmandat" in der Wochenschrift „Der Sparer" und in anderen Wochenschriften und Tageszeitungen gegeben habe, veröffentlicht die deutschnationale Reichstagsfraktion in Nr. 132 der „Nationalrei" vom 10. Juni 1925 folgende Erklärung:

Die Behauptung, leitende Männer der Fraktion hätten ausgesprochen, daß Wahlversprechungen bedeutungslos seien und jedenfalls hinter höheren Staatsrücksichten zurückzutreten hätten, ist unwahr.

Mit aller Entschiedenheit muß die haltlose Unterstellung zurückgewiesen werden, als ob egoistische Vermögensinteressen für die Haltung einzelner Fraktionsmitglieder maßgebend gewesen seien. Deutschnationale Gepflogenheit ist es, allein sachliche Gründe und die Staatsnotwendigkeit für die Entscheidungen maßgebend sein zu lassen.

Dazu erkläre ich:

Ich halte die bestrittenen Erklärungen meiner Veröffentlichung in vollem Umfange aufrecht und werde, falls sie weiter bestritten werden sollen, die Namen der Beteiligten und die Zeugen und die sonstigen Beweise für die Richtigkeit meiner Angaben veröffentlichen."

Wir nehmen an, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion schweigen wird. Aber Schweigen wird auch eine Antwort sein — ein Geständnis.

## Die deutschnationalen „Komiker".

### Im Urteil der Auslandspresse.

**Paris**, 16. Juni. (Radiomeldung.)

Der Pariser Korrespondent der „Prager Presse", also des offiziösen Organs des tschechoslowakischen Außenministers Benesch, bezeichnet den Abschluß des Westpaktes als „fast sicher". Er bringe Frankreich und seinen Verbündeten den großen Vorteil, daß dadurch die Friedensverträge erneut bekräftigt werden. In der Tat bedeute die Unterzeichnung eines Sicherheitspaktes zwischen Frankreich, Deutschland und England nichts anderes. Die Komik liege aber darin, daß ausgerechnet die wildesten Gegner des Versailler Vertrages, die Deutschnationalen, die Ehre haben werden, diesen Vertrag „erneut zu bekräftigen" und der „Retter", Herr Hindenburg, dazu besonders seine Unterschrift geben muß. Ach, ist das eine „Rettung"!

## Aktenmarder?

In der Montag-Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags brachte Genosse Moses die Angriffe des Prof. Thimme gegen Herrn v. Tirpitz wegen angeblicher unberechtigter Benutzung der Archivalien zu persönlichen Zwecken zur Sprache, und ersuchte die Regierung dringend um eine erschöpfende Auskunft. Innenminister Schiele teilte mit, daß nach einem Kabinettsbeschluß diese Angelegenheit dem Reichsjustizministerium zur Erledigung übergeben wurde, das auch im Plenum des Reichstags zu der Angelegenheit Stellung nehmen werde. Der deutschnationale Abg. Mumm stellte sich schützend vor seinen Fraktionskollegen, der keine Akten dem Reichsarchiv entnommen habe und dessen ganzes Wirken im Dienste des Kampfes gegen die Schuldlüge stehe. Als Genosse Moses nochmals um bestimmte Antwort der Regierung gebeten und Herr Schiele sich abermals nicht für zuständig erklärt hatte, versicherte der Präsident des Reichsarchivs v. Merz, daß v. Tirpitz mit dem Reichsarchiv nicht in Verbindung getreten sei und ihm weder Akten entnommen noch von ihm Abschriften erhalten habe. (Woher hat er sie also? — D. Red.) Im übrigen teilte bei dem Kapitel Reichsarchiv Staatssekretär Schulz mit, daß man die Errichtung einer Zweigstelle des Reichsarchivs in Frankfurt a. M. plane, um den Wünschen für eine zweckmäßige Erhaltung der Akten der Frankfurter Nationalversammlung und des Deutschen Bundes gerecht zu werden. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß in der nächsten Zeit eine Ausstellung zur Geschichte der Reichsverfassung geplant ist.

## Getreidezölle und Reichswirtschaftsrat.

### Keine Minimalzölle.

**Berlin**, 16. Juni. (Radiomeldung.)

Das Ergebnis der Zolldebatte im Reichswirtschaftsrat formuliert die „Vossische Zeitung", deren Chefredakteur an den Debatten maßgebend beteiligt war, wie folgt:

1. Die deutsche Landwirtschaft habe ein Recht auf Erreichung der Weltmarktpreise.
2. Die allgemeinen Weltmarktpreise sind zurzeit genügend, um der Landwirtschaft den intensiven Betrieb zu ermöglichen.
3. Für die Notwendigkeit eines Zollschutzes über die Weltmarktpreise hinaus ist die Voraussetzung augenblicklich nicht gegeben.
4. Das Prinzip der Bildung von Minimalzöllen für Getreide wird abgelehnt.
5. Zur Erlangung geeigneter Kompensationsobjekte bei den Handelsvertrags-Verhandlungen ist die Einstellung autonomer Zölle für Getreide schon in der kleinen Zolltarifnovelle notwendig.
6. Die Gültigkeit der Einfuhrscheine, deren Wiedereinführung an sich bei Freigabe der Getreideausfuhr erwünscht erscheint, ist auf Brotgetreide zu beschränken.
7. Die gegenwärtige kleine Zollvorlage bildet keine genügende Grundlage für den Abschluß langfristiger Handelsverträge. Der Reichswirtschaftsrat halt es für geboten, daß die Reichsregierung mit möglichster Beschleunigung den neuen Zolltarif dem Wirtschaftsrat zur Begutachtung vorlegt.

*

Alles in allem wird damit unsere Meldung bestätigt, in der es u. a. hieß, daß der Reichswirtschaftsrat als Gutachter die Absichten der Regierung in der Frage der Getreidezölle nicht gutgeheißen habe.

**Der deutschnationale Rückzug.** Die deutschnationale Reichstagsfraktion kam in ihrer Montagabend-Sitzung in Besprechung der politischen Lage zu dem Ergebnis, daß ihr die in den letzten Tagen gepflogenen Verhandlungen zwischen den anderen Parteien keinen Anlaß geben, zur Frage der Regierungsumbildung in Preußen erneut Stellung zu nehmen. (!)

## Deutscher Reichstag.

**Berlin**, 16. Juni. (Sog. Presse-Dienst.)

In der allgemeinen Aussprache des Reichstages über den Haushalt des Innenministeriums gab es noch eine wichtige und mit reichem Geschichtsmaterial ausgestattete Rede des Demokraten Dr. Heuß. Dem Reichsminister gab er das bittere Zeugnis, daß seine Etatsrede zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß geben könne; dazu sei sie zu inhaltlos gewesen. Es sei unbegreiflich, daß die Bayerische Volkspartei für den 18. Januar als Nationalfeiertag eintrete, wo doch die bayerische Patriotenpartei erst am 21. Januar 1871, also drei Tage nach der Kaiserproklamation, mit ganzen zwei Stimmen Mehrheit sich für das Reich entschieden habe. Der Kommunist Eichhorn nannte Schieles Etatsrede eine Gauths-Wahler-Leistung. In einer persönlichen Bemerkung wies Genosse Sollmann dem Minister nach, daß er sich eines gefälschten Zitates bedient habe. Niemals sei Stresemann im Auftrage des Kabinetts für grundsätzliche Verfassungsrevision eingetreten. Es habe sich nur um Fragen der Finanzgesetzgebung zwischen Reich und Ländern gehandelt.

In der Spezialdebatte hielt Dr. Löwenstein (Soz.) eine kulturpolitische, sozialistische Rede. Er rügte am Etat, daß für Kunstzwecke nur ein Hundertstel der Summe aufgewendet würde, die man der Wissenschaft spende. Auch für das gesamte übrige Bildungswesen seien nur ein Fünfzehntel des Beitrags für Wissenschaft eingesetzt. So hoch wir die wissenschaftliche Forschung schätzen, so sehr bedauern wir, daß die andern kulturellen Zwecke stiefmütterlich behandelt würden. Löwenstein sprach dann gegen den deutschnationalen Antrag, einen Auszug aus dem Friedensvertrag in den Schulen zu verteilen. Wir seien für moralische Abrüstung und für den Heroismus der sozialen und demokratischen Tatwilligkeit. — Dann tummelte sich der Deutschnationale Dr. Mumm auf seinem sumpfigen Spezialgebiet, nämlich dem der Bekämpfung des Schundes und Schmutzes. Zwischendurch rühmte er sich der konfessionellen Siege bei den Elternbeiratswahlen. Unsere Genossin Pfülf zeigte, daß zwischen Mumms und unseren Auffassungen von Schund und Schmutz sehr wesentliche Unterschiede bestehen. Wir seien z. B. nicht zimperlich berührt, wenn wir in einem Film nackt turnende Menschen sehen. Man dürfe Verdrängungserscheinungen bei gewissen Leuten nicht auf innerlich saubere Menschen anwenden. Im übrigen erinnerte Genossin Pfülf Herrn Mumm daran, daß die Jungleherer von seinen schönen Worten im Plenum für ihre Interessen nichts hätten. Im Ausschuß hätten die Deutschnationalen gegen die sofortige Erledigung der Jungleherer-Wünsche gestimmt. — Dann gab es noch eine verbesserte Auflage der Mummschen Rede, indem ein Deutschnationaler Dr. Ellerbeck sich die Bemerkung erlaubte, die Linke lebe in einer dirnenhaften Betrachtung des Weibes. (!) Auf den sozialdemokratischen Zwischenruf, daß der deutschnationale Sprecher sich einmal die deutsche Fürstengeschichte ansehen möge, wußte er freilich nichts zu erwidern. Im weiteren Laufe der Debatte brachte der Zentrumsmann Hoffmann-Ludwigshafen, der Demokrat Bergsträßer und einige andere Redner kulturelle Spezialwünsche vor. Nächste Sitzung Dienstag.

## Ausland und Agrarzölle.

**Kopenhagen**, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

„Politiken" schreibt zu den deutschen Zollplänen: „Wenn das neue Zollgesetz in einem Jahre in Kraft getreten ist, wird die deutsche Landwirtschaft ein schönes Geschäft gemacht haben. In der Inflationsperiode wurde sie ihrer Schulden quitt; sie gehörte nicht zu den Erwerbsgewinnern, die vom Dawes-Plan betroffen wurden, und obgleich sie so besser gestellt ist als Handel und Industrie, erreicht sie auf Grund der politischen Verhältnisse den gleichen Schutz wie unter Bülow. Damals galt es, der Landwirtschaft aus den Schulden der Caprivischen Periode zu helfen. Heute steht, wie gesagt, der Landbau schuldenfrei und bekommt trotzdem die Rosinen aus dem Kuchen."

## Stillegungs-Epidemie.

**Gelsenkirchen**, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. beabsichtigt, in den nächsten Tagen einen von drei in Betrieb befindlichen Hochöfen stillzulegen und weitere Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Die Verwaltung wird in den nächsten Tagen entscheidende Beschlüsse fassen. — Die Folgen des technischen Abbaues der Betriebe machen sich jetzt für die Arbeiterschaft in immer furchtbareren Formen bemerkbar. Im Zusammenhang mit dieser Meldung dürfte es interessieren, daß die Abkehr der Bauarbeiter im Gelsenkirchener Gebiet fortdauert. So sind am Montag wieder 150 Bauarbeiter, die von der Industrie ausgesperrt waren, nach neuen Arbeitsstätten in Solingen abgefehrt. Da es sich in der Mehrzahl um verheiratete Leute handelt, ist es unschwer zu ermessen, in welch schwierige Lage die Familien dadurch gebracht werden.

**Reingewinn.** Aus Hamburg wird gemeldet: Die Dynamit-A.-G., vormals Alfred Nobel & Co., Hamburg, erzielte im vergangenen Jahre einen Reingewinn von 1 410 013 Mk., nachdem für Steuern 1 298 572 Mk. ausgegeben worden waren. Es sollen 5 Prozent Dividende verteilt und 65 518 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

## Die Josephslegende im Stadttheater.

Der Inhalt dieser Pantomime ist folgender: Potiphar und sein Weib geben in ihrem herrlichen Palast ein großes Festgelage. Die Geladenen haben an reich gedeckten Tische vor der Loggia Platz genommen, während die Gastgeber selbst rechts an erhöhter Sondertafel, um die sich das Heer der Sklaven schart, sitzen. Nach einer Serie choreographischer, äußerst charakteristischer Merkwürdigkeiten (Kauf von Kostbarkeiten, erregende Tänze der „Verschleierten und Unverschleierten", Ringen der Faustkämpfer) wird Joseph in Begleitung von Harfnern, Flöten- und Cymbelspielern in einen gelben Hirtenmantel eingehüllt, auf einer goldenen Hängematte über die Loggia und die Treppe hereingetragen. Nach Tanzfiguren, die seine Unschuld, sein Ringen nach Gott mit Verzweiflungs-Momenten, sein Gottsuchen und sein Gottfinden zum Ausdruck bringen, erwacht aus ihrer Langeweile verratenden Starrheit Frau Potiphar und läßt den Jüngling durch ihre Lieblingssklavin zu sich führen, hängt ihm ein Perlenhalsband um und gibt durch Berührung seines nackten Körpers die in ihr gewaltig auflodernde Leidenschaft unschwer kund. Nach aufgehobener Tafel wird Joseph in den inzwischen von Mondlicht hell beleuchteten Unterbau der Loggia, eine kellerartige Kammer, geführt, wo er sich nach kurzem Gebet zum Schlafe niederlegt. Potiphars Weib erscheint bald darauf in weißem, durchsichtigem Gewande, mit aufgelöstem Haar und wirbt mit allerlei Verführungskünsten — in und vor der Kammer — um die Zuneigung des Knaben. Doch das in ihm erwachte Schambewußtsein läßt ihn sieghaft der Versucherin widerstehen, die ihn bald stehend, bald herrisch auffordernd, in ihre Netze locken will. Das Gerücht dieses sinnlichen Ringens führt wachehaltende Fackelträger auf den Plan. Joseph wird gepackt; der Platz füllt sich mit der durch den Lärm aufgeschreckten Dienerschaft, schwarzgehüllte Sklavinnen scharen sich winselnd um die bloßgestellte Herrin und schützen sie mit abergläubischen Abwehrbewegungen gegen den hochaufgerichtet regungslos dastehenden Jüngling. Auf Befehl des mittlerweile im Kreise seiner Gewappneten erschienenen Potiphar wird Joseph gefesselt und während das Weib mit der kriechenden Falschheit der Entläuschten ihrem Gebieter den Mund zum Kusse bietet, schaffen Henker ein Kohlenbecken herbei, in dem grausames Folterwerkzeug glüht. Da fällt plötzlich eine himmlische Lichtwelle auf den bleichenden Körper des schmählichem Märtyrertod Entgegenharrenden. Vergebens recken sich ihm die Züge seiner dämonischen Anklägerin, in der ein wilder Kampf der Zerknirschung und des Entsetzens wütet, entgegen . . . In goldenem Panzer erscheint der erlösende Erzengel und geleitet seinen mutigen Schützling von dannen . . . . Potiphars Weib aber erwürgt sich mit ihren Perlensträngen und wird von Klageweibern in das Innere des Palastes hineingetragen.

*

Von heutigen Dienstag 7½ Uhr: „Rodelinde". Mittwoch zum ersten Male: „Josephs-Legende", pantomimische Tanzdichtung von Richard Strauß. Donnerstag: „Così fan tutte". Freitag: „Gräfin Mariza". Sonnabend und Sonntag: Wiederholungen der „Josephs-Legende" (Anfang 8 Uhr).

## Armer Maharadscha!

Einer der mächtigsten Hindu-Fürsten, der Maharadscha von Gwalior, ist dieser Tage, fern von seiner Heimat, in Paris gestorben. Seine Angehörigen in Indien verzichteten auf die Ueberführung der Leiche nach Indien, wandten sich jedoch zur allgemeinen Ueberraschung aller beteiligten Behörden an die französische Regierung mit der Bitte, dem Toten auf französischem Boden ein Begräbnis nach altindischem Ritus bereiten zu dürfen. Dies hätte bedeutet, daß die Leiche öffentlich auf einem Scheiterhaufen zu verbrennen gewesen wäre. Die französische Regierung versagte jedoch aus begreiflichen Gründen die Genehmigung hierzu, und so wurde die Leiche des Maharadscha im Krematorium eingeäschert, was bekanntlich leider gar nichts Romantisches und Maharadschahafftes hat. Im übrigen ist von dem toten Maharadscha nur noch zu sagen, daß er über ein Gebiet von nahezu 70 000 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 3½ Millionen Köpfen herrschte. Er war ungeheuer reich. Allein ein Perlenhalsband, das er bei größeren Empfängen zu tragen pflegte, hatte einen Wert von 20 Millionen Mark. Er besteig den Thron von Gwalior im Jahre 1886, als er nach ein Knabe von knapp zehn Jahren war. Nach Paris war er gekommen, um Heilung von einer Krankheit zu finden, die ihn schon lange quälte. Er hielt viel von der modernen Wissenschaft und Technik, namentlich von der Medizin, aber sie hat, wie man sieht, nicht geholfen. Er ist nur 49 Jahre alt geworden.

## Pirandello und die englische Theaterzensur.

Luigi Pirandello, der erfolgreichste unter den modernen italienischen Dramatikern, der auch auf der deutschen Bühne, namentlich mit seiner phantastischen Komödie „Sechs Personen suchen einen Autor", nachhaltige Erfolge erzielte, hat soeben mit dem Ensemble seines römischen Theaters die Reise nach London angetreten. Die Truppe, der als Hauptdarsteller Ruggero Ruggeri angehört, wird im Londoner New Oxford-Theater eine Reihe von Stücken Pirandellos zur Aufführung bringen. Von der immer noch sehr engherzigen englischen Theaterzensur werden allerdings dem Unternehmen gewisse Schwierigkeiten in den Weg gelegt, deren Beseitigung Pirandello nach viel zu schaffen machen wird. Obgleich alle Bühnenarbeiten des sizilianischen Dramatikers bereits seit Jahren in englischen Buchausgaben vorliegen, war jede öffentliche Aufführung seiner Stücke bis vor kurzem verboten. Vor zwei Jahren durften zwar die „Sechs Personen" aufgeführt werden, aber nur unter Ausschluß der Oeffentlichkeit im Rahmen eines Privatzirkels. Jetzt ist es wenigstens gelungen, die Aufführungserlaubnis für einige andere Stücke Pirandellos, unter denen das Drama „Heinrich IV." an erster Stelle steht, durchzusetzen. Die „Sechs Personen" sind aber nach wie vor verboten. Ueber die Gründe des Verbots sprach sich Pirandello einem italienischen Berichterstatter gegenüber dahin aus, daß die englische Zensur vermutlich an der großen Szene zwischen dem Vater und den Söhnen Anstoß genommen hat. Selbstverständlich hat der Dichter sich dagegen energisch verwahrt, daß ihm von der englischen Zensur immoralische Tendenzen unterstellt werden. Sein Gastspiel in London ist übrigens nur für kurze Zeit geplant und wird schon am 28. Juni sein Ende erreichen. Auf der Rückreise wird Pirandellos Theater in Paris Station machen, wo man dem Auftreten Ruggeris in der Titelrolle von „Heinrich IV." mit Spannung entgegensieht. Pirandello arbeitet zurzeit an zwei dreiaktigen Dramen, betitelt: „Die neue Kolonie" und „Die Frau von ehedem", die beide im Herbst dieses Jahres in Rom zur Uraufführung kommen sollen. Der Dichter will sein Theater in Zukunft zu einer Musterbühne entwickeln, die völlig außerhalb des üblichen Geschäftstheaterbetriebs stehen soll. „Nach dem Abschluß meiner ersten Saison," erklärte er, „bin ich mehr als je

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250616-16/fragment/page=0002

## Wann beginnen die Verhandlungen?

**London, 16. Juni.** (Radiomeldung.)

**Die Blätter sind der Ansicht, daß die Unterhausdebatte über den Sicherheitspakt am 24. Juni, also morgen in einer Woche, stattfinden werde.** „Daily Chronicle", das Blatt Lloyd Georges, **kündigt einen energischen Angriff der Liberalen auf die Regierung an wegen der Geheimhaltung der Genfer Vereinbarungen zwischen Chamberlain und Briand.**

## Französische Auslegung des Garantiepaktes.

### „Sanktionen" als offenes Einfallstor?

**Paris, 16. Juni.** (Radiomeldung.)

Ein großer Teil der französischen Presse kommentiert die für heute angekündigte Ueberreichung der französischen Antwortnote also das deutsche Garantieangebot als den Beginn einer neuen diplomatischen Aera, die die gesamte europäische Politik auf eine neue Grundlage zu stellen geeignet sei. Der „Matin" gibt bei dieser Gelegenheit einen kurzen Rückblick über den Verlauf der seit Anfang Februar zwischen Berlin und den alliierten Hauptstädten geführten Verhandlungen und glaubt, den Inhalt der französischen Note wie folgt präzisieren zu können: Frankreich akzeptiert die deutschen Vorschläge in ihrer Gesamtheit unter zwei Bedingungen, die die natürliche Entwicklung der von Herriot geprägten Form seien, daß der Garantiepakt sich im Rahmen der bestehenden Verträge halten müsse. Diese Bedingungen seien folgende: 1. Als ein Angriff gegen die neutrale Zone, der nach dem Vertrage die militärische Intervention zur Folge haben würde, dürften nicht angesehen werden alle Sanktionen (!), die durch Verletzung eines von einer oder mehreren Signatarmächten gezeichneten oder garantierten Verträge oder aber durch eine Initiative zur Modifikation des in diesen Verträgen debattierten territorialen Status erfolgen würden. Das bedeute, daß auch die Verletzung des Friedensvertrages gegen Polen oder die Tschechoslowakei oder der Versuch einer Angliederung Oesterreichs an Deutschland, soweit sie in Widerspruch mit dem Vertrage erfolge, Frankreich das Recht zu Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland gebe. 2. Deutschland müsse in den Völkerbund eintreten, da nach der französischen Auffassung ein Sicherheitsvertrag nur möglich sei zwischen Völkern, die den Völkerbundspakt anerkannt haben.

## Italien will abwarten.

**Rom, 16. Juni.** (Radiomeldung.)

Die offiziöse italienische Agentur stellt am Montagabend in einer halboffiziösen längeren Auslassung fest, daß das Problem des Sicherheitspaktes auch heute noch für die italienische Regierung offen bleibe und sich das italienische Kabinett für den Augenblick volle Handlungsfreiheit bewahrt habe. **Man müsse zunächst abwarten, wie der Sicherheitspakt endgültig formuliert aussehe.**

# Die französische Krise.

### Bruch des Linkskartells oder Sturz der Regierung?

**Paris, 16. Juni.** (Eig. Drahtbericht.)

Mit der für Dienstag erwarteten Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten nach Paris dürfte die außerordentlich gespannte innerpolitische Situation schnellen Entscheidungen entgegenreifen. Es sind vor allem zwei Probleme, in denen der Gegensatz zwischen dem Ministerium Painlevé und einem großen Teile der Mehrheit sich in den letzten Tagen besonders scharf zugespitzt hat: die Frage der Caillaux'schen Finanzreform und die Marokkopolitik. Auf finanziellem Gebiete haben die zahlreichen Besprechungen, die zu Ende der vergangenen Woche zwischen Caillaux und den Vertretern der Linksparteien stattgefunden haben, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht zu überbrücken vermocht. Der auch von den Sozialisten unterstützte Vorschlag der Kartellparteien, die Diskussion der von Caillaux vorgeschlagenen fiskalischen Maßnahmen von der Beratung des Budgets zu trennen und so nicht nur dessen Verabschiedung zu beschleunigen, sondern auch Zeit für die Einigung auf eine Kompromißformel zu finden, ist bei Caillaux auf Widerstand gestoßen, und man ist schließlich dahin übereingekommen, die Entscheidung darüber bis zur Rückkehr Painlevés zu vertagen. Durch die wachsende Heftigkeit, mit der die von Caillaux in Aussicht genommenen Lösungen von den sozialistischen Provinzverbänden bekämpft werden, sind die Aussichten für eine Verständigung in der Zwischenzeit alles andere denn gefestigt, und es kann nunmehr als sicher gelten, daß die sozialistische Fraktion ihre Opposition gegen die Vorlagen des Ministeriums aufrechterhalten und an ihrem Gegenprojekt einer 10prozentigen Vermögensabgabe festhalten wird. Die Situation wird dadurch besonders kompliziert, daß man im Lager der bürgerlichen Linken weder die Vermögensabgabe noch die von Caillaux auf mehr oder weniger inflationistischem Wege gesuchten Lösungen für die Finanzkrise will.

Die Marokkopolitik war von den Sozialisten von Anfang an aufs schärfste bekämpft worden. Die Fraktion hatte sich aber durch die von Briand von der Parlamentstribüne herab gegebene Zusicherung, daß die Regierung kein Mittel unversucht lassen werde, um dem kriegerischen Unternehmen ein Ende zu machen, bestimmen lassen, ihre Bedenken gegen die Fortführung der militärischen Operationen zurückzustellen. Da die Regierung in der Zwischenzeit nicht nur nichts getan hat, um ihr Versprechen einzulösen, sondern im Gegenteil, wie aus den Erklärungen Painlevés vom Sonntag zweifelsfrei hervorgeht, vor den Forderungen der französischen Militärs kapituliert hat, haben auch hier die Gegensätze eine sehr erhebliche Verschärfung erfahren. Wie die Dinge augenblicklich liegen, hält man hier den Ausbruch einer Krise für nahezu unvermeidlich. Diese kann zwei Formen annehmen: entweder den Sturz der Regierung Painlevé oder aber das endgültige Auseinanderfallen des Kartells. Welchen dieser beiden Wege die Entwicklung der nächsten Tage nehmen wird, dürfte zu einem großen Teil Sache des parlamentarischen Manövers sein. Gelingt es der Regierung, die entscheidende Auseinandersetzung auf das Gebiet der Marokkopolitik zu verlegen, dann werden die Sozialisten in ihrem Widerstande gegen die Regierung voraussichtlich allein stehen, und der dann unvermeidliche Bruch der bisherigen Mehrheit würde das Ende der Politik des 11. Mai bedeuten. Kommt es dagegen über die Finanzfrage zu der entscheidenden Auseinandersetzung, dann ist damit zu rechnen, daß mit den Sozialisten der weitaus größte Teil der bürgerlichen Linken gegen das Ministerium stimmen und es damit zum Rücktritt zwingen wird.

## Sozialistischer Nationalrat und Marokko-Politik.

**Paris, 16. Juni.** (Radiomeldung.)

Nach dem „Petit Parisien" wird die Sozialistische Partei voraussichtlich in den nächsten Tagen den Nationalrat zusammenberufen, um die Haltung der Partei zur Marokkopolitik festzulegen.

## Noch heute Kammer-Debatte?

**Paris, 16. Juni.** (Radiomeldung.)

In diplomatischen Kreisen wird angenommen, daß es noch heute nachmittag in der Kammer zu einer Aussprache über Marokko kommen werde. Entweder werde Painlevé spontan eine Erklärung darüber abgeben oder die Kammer die sofortige Diskussion der kommunistischen Interpellation beschließen.

## Abd el Krims Absichten.

**Paris, 16. Juni.** (Radiomeldung.)

Havas meldet aus Fez: Abd el Krim hat die große Mehrheit der Rif-Kontingente und der regulären Kontingente bei den Beni Zerroual und den Dissidentenstämmen nördlich des Quergaflusses zurückgezogen. Er hat mehreren Stämmen geraten, sich direkt mit den Franzosen zu verständigen, während er selbst sich mit aller Macht gegen die Spanier wende. Er verspricht übrigens demnächst zurückzukommen und seinen Marsch auf Fez fortzusetzen. Mehrere Stämme seien offensichtlich entmutigt wegen ihrer Verluste. Ihre feindselige Haltung sei wohl nur auf ihre Terrorisierung zurückzuführen. Die kommunistische Propaganda in Französisch-Marokko scheine nachzulassen. Die panislamitische Propaganda dauere dagegen im Rifgebiet an.

## Moskau für Ruth Fischer.

### Gegen Scholem / Katz / Rosenberg.

Unter dieser Ueberschrift berichtet der „Vorwärts" in seiner Freitag-Abendausgabe:

Das Exekutivkomitee der 3. Internationale hat eine lange Entschließung angenommen, die „die falsche Taktik der Minderheit der Zentrale der KPD. verurteilt". Die von der Zentrale beschlossene Politik, so wird weiter ausgeführt, stelle keine Politik der Koalition mit der Sozialdemokratie dar. Es sei aber notwendig, die „Taktik des Manövrierens zu erlernen" und an die Spitze der antimonarchistischen Bewegung in Deutschland zu stellen, sonst werde der Einfluß der KPD. auf die Arbeiter zurückgehen. Die Wahl Hindenburgs (die von der kommunistischen Zentrale herbeigeführt worden ist. Red. d. „V.") bedeute eine ungeheure monarchistische Gefahr und die Gefahr neuer Kriege. Der Kampf müsse also geführt werden unter der Parole: „Gegen die Monarchie!" „Gegen die Offensive des Kapitals!" „Gegen einen neuen Krieg!"

Gegen die Gruppe Katz-Scholem-Rosenberg wird ausgeführt:

Die Art, wie die Gruppe Katz, Scholem und Rosenberg die Frage stellt, reduziert sich auf die Behauptung, daß es den Kommunisten gleichgültig sei, ob Monarchie oder bürgerliche Republik und auf die praktische Ablehnung des Manövrierens in der gegebenen Situation. Dieser Standpunkt hat mit Bolschewismus nichts gemein.

Die Art des Auftretens der drei genannten Genossen und ihrer Gruppe auf dem 3. A. hat die Partei gehemmt, die notwendigen Lehren aus den Ereignissen zu ziehen, und die praktische Durchführung der Beschlüsse gestört.

Die monarchistische Regierung müsse man stürzen. Dagegen könne man einer eventuellen Regierung der republikanischen Koalition versprechen, sie nicht zu stürzen, wenn sie bestimmte Bedingungen erfülle, wie z. B.:

a) Volle Freiheit der Agitation für die KPD. und andere revolutionäre Parteien.

b) Volle Amnestie für revolutionäre Kämpfer.

c) Säuberung des Staatsapparates von faseistischen und monarchistischen Elementen.

d) Gesetzliche Wiederherstellung des achtstündigen Arbeitstages.

e) Entschiedener Kampf für den Frieden.

Für einzelne Parlamentsabstimmungen dürfe sich die Partei nicht festlegen. Man könne es unter Umständen unterlassen, gegen eine Regierung zu stimmen, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, um ihr die Möglichkeit zu geben, eine Zeitlang zu existieren und um die Gegensätze zwischen den einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie zu vertiefen.

Der Beschluß bedeutet, daß die Kommunisten der Reaktion die unbedingte Bundeshilfe, die sich ihr bisher geleistet haben, kündigen. Im Reich wird das einschneidende keine besonderen Folgen haben, da Hindenburg nun einmal dank der jetzt als falsch erkannten Taktik der Kommunisten gewählt ist. In Preußen aber dürfte die neue Wendung den Deutschnationalen sehr unbequem sein, da sie, ernstlich durchgeführt, ihnen die Möglichkeit nimmt, mit Hilfe der Kommunisten eine neue Krise herbeizuführen.

Auch sonst stellt der Moskauer Beschluß einen beachtenswerten Erfolg der sozialdemokratischen Politik dar. Immer wieder stellt sich heraus, daß die sozialdemokratische Kritik an den kommunistischen Torheiten berechtigt war, immer wieder müssen die Kommunisten Taktik, Parolen und Führer wechseln, ewig gleich bleibt nur die Schimpferei auf die Sozialdemokratie.

Jahrelang haben die Kommunisten dem sozialdemokratischen Kampf gegen Monarchismus und Kriegsgefahr die Parolen von der versteckten Demokratie, von der Räteherrschaft, vom revolutionären Krieg gegen die Entente entgegengestellt. Nachdem sie der Sozialdemokratie in diesem Kampf bisher stets in den Rücken gefallen, wollen sie ihn nun auf einmal „an die Spitze stellen".

Denklätige Arbeiter können aus diesem Hin und Her nur den Schluß ziehen, daß das ganze kommunistische Treiben Unsinn ist, und daß es nur eine Arbeiterpartei gibt, die weiß, was sie will, und die zum Schluß doch immer wieder Recht behält: die Sozialdemokratie.

## Sozialistische Regierung?

**Brüssel, 16. Juni.** (Eig. Drahtbericht.)

Mit dem Scheitern der Kabinettsbildung durch den Christlich-Demokraten-Poullet ist die Krise in Belgien wieder auf ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt. In seiner Verzweiflung hat nun Theunis alle drei Parteiführer Vandervyvers, Vandervelde und Masson zu einer gemeinsamen Konferenz zusammengerufen, in deren Verlauf er diese beschwor, endlich eine Lösung zu finden. Da kam es zu dem erneuten Versuch, eine Regierungsbildung aus den drei Parteien auf demokratischer Grundlage vorzunehmen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Liberalen ihre ablehnende Haltung aufgeben. Die Sozialisten haben deshalb beschlossen, nach dem Fehlschlag die alleinige Uebernahme der Regierung zu fordern. In der Montag-Sitzung des Generalrates herrschte fast einmütige Stimmung zugunsten dieser Lösung.

## Die österreichischen Republikaner für den Anschluß.

**Wien, 16. Juni.** (Eig. Drahtbericht.)

In dem niederösterreichischen Industrieort St. Pölten hat am Sonntag ein Ordnertag des Republikanischen Schutzbundes stattgefunden, der sich zu einer Riesenkundgebung für die Republik und für den Anschluß an Deutschland gestaltete. Etwa 20 000 Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes waren aus ganz Niederösterreich zusammengekommen. Bei dieser Gelegenheit wurde die neue Fahne des Schutzbundes enthüllt. Aus Deutschland war Gen. Kunzemann (Magdeburg) erschienen, der die Grüße des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold überbrachte. Abg. Dr. Deutsch wiederholte das Gelöbnis der österreichischen Arbeiter, den Anschluß an Deutschland zu erreichen. Der Anschluß werde kommen trotz Benesch und Seipel, trotz Mussolini und Marajja.

# Aus aller Welt.

### Der Kokainist als belgische „Hoheit".

**Brüssel, 16. Juni.**

In Neapel ist ein angeblich belgischer Prinz verhaftet worden, der den Eigentümer des Grandhotel in Valli di Pompi und verschiedene brave Bürgersleute von Neapel und Umgegend um einige 10 000 Lire geschädigt hat. Er nahm an ländlichen Hochzeiten teil, bei denen er seine Tischnachbarin um ihr Armband „als Andenken" bat. Mit dem Gelde aus dem Erlös des Armbandes sandte er Telegramme an sich selbst ab, in denen er als Adjutant und belgischer Oberst Lafour Seine Hoheit, also sich selbst, zu einer Zusammenkunft bat. Auch beanspruchte er, vom Inspektor der Ausgrabungen als Ehrengast in Pompeji herumgeführt zu werden. Dieses archäologische Interesse brach ihm den Hals. Der Museumsverwalter verlangte den Nachweis der prinzlichen Qualitäten und ein Einführungsschreiben des belgischen Konsulats, ehe er der „Hoheit" die Eintrittsgebühr erlassen könne. Zug um Zug führten dann die Erkundigungen der italienischen und belgischen Behörden zu dem Ergebnis, daß man einen gewissen Allard de Conrad, eigentlich Otto Stephane, vor sich hatte, der als schwerer Kokainist und Hochstapler bereits vor vier Jahren aus Italien ausgewiesen worden war.

### Eine vorsorgliche Selbstmörderin.

**Paris, 15. Juni.**

Eine Amerikanerin, Miß Crumpton, hat in Paris Selbstmord verübt, nachdem sie vor 14 Tagen ihren Sarg bestellt und ihr Leichenbegängnis in allen Einzelheiten angeordnet hatte. Gestern abend mietete sie ein Automobil, das während der ganzen Nacht von einem Montmartre-Lokal zum anderen fahren mußte. Gegen Morgen befahl sie dem Chauffeur, in das Bois de Boulogne zu fahren, um sich „den Kopf abzukühlen". In der Nähe der Porte d'Auphine hörte der Chauffeur fünf Schüsse fallen. Miß Crumpton hatte sich vier Kugeln in den Kopf und eine in die Brust geschossen. Auf dem ausgeschnittenen Kleid war ein Zettel mit einer Haarnadel befestigt, der die Mitteilung enthielt, daß am nächsten Tage etwa 700 Dollar aus Chikago für sie ankommen würden. Dieses Geld sollte für das Begräbnis benutzt werden. Die Firma, bei der sie das Begräbnis bestellt hatte, und die den Sarg bereithielt, war gleichfalls angegeben.

### Schreckenstat einer Mutter.

**Augsburg, 15. Juni.**

Ihrer Kinder überdrüssig, zertrümmerte die 40 Jahre alte Eisenbahnbeamten-Witwe Probst in Micheldorf bei Wildorf am Inn ihrem schlafenden sechsjährigen Töchterchen mit einem Küchengerät den Schädel und schnitt ihm den Hals ab. Ihre zweite 13 Jahre alte Tochter entging nur durch die Flucht dem gleichen Schicksal. Die Rabenmutter wurde verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert.

### Eifersuchtstragödie.

**Köln, 16. Juni.** (WTB.)

In einem Hause in der Engelbertstraße brachte gestern nachmittag ein von seiner Frau getrennt lebender Arbeiter seiner Frau bei einer Aussprache in der Wohnung seiner Mutter, in der er ihr vorwarf, ein Liebesverhältnis mit einem ihm bekannten Manne zu unterhalten, 14 tiefe Dolchstiche bei. Dann brachte er sich selbst einen Schnitt am Halse bei und öffnete sich an einem Arm die Pulsader. Die Frau ringt mit dem Tode. Der Mann ist nicht lebensgefährlich verletzt.

### Berliner Verkehrsunfälle.

**Berlin, 15. Juni.** (WTB.)

Heute vormittag fuhr an der Kreuzung Potsdamer- und Eichkornstraße ein Straßenbahnwagen mit Anhänger auf einen an der Haltestelle stehenden Straßenbahnwagen von hinten auf. Dieser wurde schwer beschädigt. 25 Fahrgäste wurden so sehr verletzt, daß sie die nächste Heilungsstelle aufsuchen mußten. Ein Schwerverletzter mußte von dort in ein Krankenhaus gebracht werden, da er schwere innerliche Verletzungen erlitten hat.

Heute vormittag geriet ein vollbesetzter Polizei-Lastkraftwagen in der Behrenstraße infolge des schlüpfrigen Pflasters ins Schleudern und stieß mit voller Wucht gegen einen Straßenbahnmast. Sechs Beamte stürzten aus Pflaster; zwei wurden derartig verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

**Zwanzig Fahrzeuge gekentert.** Aus Hamburg wird gemeldet: Infolge des am vergangenen Sonntag herrschenden heftigen Sturmes kenterten bei einer Kanu-Regatta auf der Alster nicht weniger als 20 Fahrzeuge; doch konnten die Insassen glücklicherweise sämtlich gerettet werden.

**Zusammenstoß zweier Züge.** Sechs Kilometer von Mailand entfernt stießen gestern zwei Dampftrambahnzüge zusammen. Vier Personenwagen wurden zertrümmert und unter den Trümmern ein Toter und ungefähr 30 Verletzte hervorgezogen. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

**Vom Zuge überfahren.** Auf der Strecke Lugano—Rom wurde ein Lastkraftwagen von einem Eisenbahnzug überfahren, wobei zwei Personen getötet wurden.

**Eine Reihe von Erdbeben hat auf Formosa am Sonntag ausgedehnten Gebäudeschaden angerichtet. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.**

**Pferdefleischvergiftung.** Nach dem Genuß von Pferdefleisch erkrankte in Gotha eine sechsköpfige Familie. Ein sechsjähriger Knabe ist bereits gestorben.

---

überzeugt, daß alle früher unternommenen Versuche zur Schaffung eines ständigen Theaters in Rom zum Scheitern verurteilt waren, weil sie ausnahmslos sich an ein zu großes Publikum wandten. In Italien, wo ein eigentliches Theaterzentrum wie in Paris, London oder Berlin nicht vorhanden ist, kann es sich bei einem ständigen Theater nur um ein kleines Theater handeln, wenn man Erfolg haben will. Eine Elite von 300 oder 400 Zuschauern, die fähig und willens sind, ein von künstlerischen Tendenzen getragenes Theater dem reinen Geschäftstheater vorzuziehen, findet nur in einer Stadt wie Rom einen Platz. Ein großes Theater wird, wenn es sich nicht von vornherein dem finanziellen Ruin aussetzt sehen will, genötigt sein, dem Bedürfnis von Tausenden Rechnung zu tragen. Damit ist ganz naturgemäß der Widerstreit zwischen den Forderungen der Kasse und denen der Kunst in Permanenz erklärt, der, wenn das Theater bestehen will, zugunsten der Kasse entschieden werden muß. Einem solchen Problem vermag auch ein kleines Theater, das sich an den beschränkten Kreis der Kunstkenner wendet, aus dem Wege zu gehen."

## Ein unbekanntes Meisterwerk.

Das Prado-Museum in Madrid hat seine berühmte Sammlung altniederländischer Gemälde durch eine Neuerwerbung von hohem Wert vermehrt. Es handelt sich um ein soeben aufgefundenes Gemälde von Rogier van der Weyden, das Christus am Kreuz, von der Jungfrau und Johannes beweint, darstellt. Zur Rechten des Kreuzes sieht man eine Gestalt, zu der ein bekannter Höfling am Hofe Philipps des Schönen Modell gestanden hat. Den Hintergrund bildet eine Landschaft von hoher Schönheit. In der Farbengebung herrschen die violetten Töne vor, die für die Gemälde der alten Niederländer charakteristisch sind. Eine schöne Kopie dieses Bildes befindet sich in Berlin, je eine Variante in Brüssel und London. Das kostbare Original, das das Prado-Museum jetzt erworben hat, stammt aus der Hinterlassenschaft des Herzogs von Mandas. Van der Weyden, der 1464 in Brüssel starb, gehört zur Schule Jan van Eyks, seinen Werken ist indessen ein herberer, leidenschaftlich dramatischer Zug zu eigen. Sein Hauptwerk bildet die große Darstellung der Kreuzabnahme Christi im Museum zu Madrid.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250616-16/fragment/page=0003

Mittwoch, den 17. Juni,
nachmittags 4 Uhr:

# Blumen-Fest

1890 in

## Wittekind

# Vereins-Kalender

der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk **Halle-Merseburg.**

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029.
(Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

**Halle.**

**Freier Sängerchor Halle** Mittwoch, den 17. Juni 1925, abends 8 Uhr: Uebungsstunde Sangesbrüder, unser Konzert in Sangerhausen und die damit verbundene Harz-Reise erfordert unbedingt fleißiges Studieren unseres Programmes. Frisch auf Wert — Sänger herbei!

**Aus dem Bezirk.**

**Löbejün a. Linde.** Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Peterdorff (Halle). Zu dieser Versammlung sind alle Republikaner, insbesondere die Reichsbannerkameraden mit ihren Frauen freundlichst eingeladen.

**Brehna.** Freitag, den 19. Juni, pünktlich abends 8 Uhr, in der „Erholung": Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Unterbezirkskonferenz; 2. Zollvorlage und Sozialdemokratie (Referent: Genosse Baum); 3. Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

**Eisleben.** Gewerkschaftskartell. Mittwoch, den 17. Juni 1925, abends 7 Uhr: Wichtige Vorstandssitzung. Vorstandsmitglieder sowie Kommission zum Gewerkschaftsfest müssen erscheinen.

**Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold**

**(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)**

**Ortsgruppe Halle.** Bezirk 5. Mittwoch, 17. Juni, abends 8½ Uhr, bei Konrad Naumann, Trotzdorferstraße 10: Wichtige Zug- und Gruppenführerbesprechung. Erscheinen auch der neu gewählten Gruppenführer ist Pflicht. Auch die Mitglieder des Festausschusses müssen erscheinen. Kameraden, welche am Aufbau unserer Organisation mitarbeiten wollen sind ebenfalls eingeladen.

— **Jungreichsbanner.** Heute, Dienstag, abend 8½ Uhr, in der Luisenschule: Sportübungen. Alle Teilnehmer an den kommenden Werbeveranstaltungen zur Stelle. — Donnerstag, den 18. Juni, abds. 7 Uhr, auf dem Sandanger: Sportveranstaltungen. An beiden Abenden werden Teilnehmerkarten zur Fahrt nach Wittin ausgegeben. Die Karte kostet 1,50 Mk.

**Ortsgruppe Dürrenberg u. Umg.** Republikanische Kindgebung verbunden mit Bannerweihe. Sonnabend, 20. Juni, abds. 8 Uhr, im „Gasthof zum Gradiermerk": Kommers. Sonntag, 21. Juni, morgens 6 Uhr: Wecken, mittags 2 Uhr: Festzug und Bannerweihe auf dem Marktplatz, nachher Konzert und Ball im „Gradiermerk". Zu zahlreichem Besuch wird herzlich eingeladen.

**Ortsgruppe Eisleben.** Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr, im großen Saal des „Volkshaus", Lindenstraße: Wichtige Mitglieder-Versammlung. Erscheinen aller Kameraden ist wegen der wichtigen Tagesordnung unbedingte Pflicht.


**Volkspark**
Burgstraße 27.
**Das eigene Heim**
der
**Hallisch. Arbeiter**

**Regen-Schirme**
gut u. preiswert
Schirmfabrik
**Bruno Claus**
Inh.: 3915
**Albert Wande**
Gr. Steinstr. Ecke Neunhäuser

Sehr preiswert
**Sohlied.-Ausschnitt**
Fritzsche, Sternst. 6

**Sie**
Wissen noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!!


# Freier Sängerchor

**Halle (Saale)**

**Leitung: Kapellmeister Hugo Engelmann.**

/ / Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. / /

*

## Werbe-Aufruf!

Der „Freie Sängerchor" Halle, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, ruft hiermit alle sangesfreudigen Genossen auf, in den Chor einzutreten. **Schaffung eines großen Volkschores ist der leitende Gedanke von Dirigent und Vorstand.** Immer größere Anstrengungen machen die bürgerlichen Gesangvereine durch Zusammenschluß kleinerer Vereine und Gruppchen zu größeren Chören. Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund darf in diesem Ringen um die Macht nicht unterliegen. Auf unserer Seite liegt die Stärke, wenn wir es verstehen, die Kräfte zu verwerten. Wem die Natur eine gute Stimme gegeben, soll sie durch Beitritt in den „Freien Sängerchor" nützlich verwerten, und wer sie noch nicht hat, kann durch eifriges Studium in den wöchentlichen Uebungsstunden eine solche leicht erhalten. Namentlich an die jungen Genossen wenden wir uns, denn wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft. Gerade jetzt ist der „Freie Sängerchor" damit beschäftigt, intensiv Notenkenntnis zu erlangen, ebenfalls wird in allernächster Zeit in Sangerhausen ein **großes Wohltätigkeitskonzert** zugunsten der dortigen Arbeiterwohlfahrt vom „Freien Sängerchor" Halle veranstaltet. Also heraus aus den kleinbürgerlichen Gesangvereinen und hinein in den Chor, welcher auf republikanischem Boden steht, **hinein in den „Freien Sängerchor"!**

**Frisch ans Werk / Sänger herbei!**

*

**Unsere Uebungsstunden finden jeden Mittwoch, abends 8 Uhr im Vereinslokal „Stadt Dresden" Martinstraße 10, statt.**

*

**Der Vorstand**

Mittwoch, den 17. Juni,
nachmittags 4 Uhr:

# Blumen-Fest

in

## Wittekind


**Einfaches möbl. Zimmer**
für sofort gesucht. Offert. unt. V H. 138 an dieser Zeitung.

**Halt! Kleine Anzeigen**
wie: Rund-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg!


**Stadt-Theater.**
Mittwoch, abends 8 Uhr:
**„Josephslegende"**
Sinfonische Tanzdichtung von **Richard Strauss.**
Frau Potiphar: Ami Schwaninger
Joseph: Sascha Leontjef 4216
Wiederholungen am 20. u. 21. Juni

# „Lachen links"

Das Witzblatt der Republik!

Preis 25 Pfennig :: :: Zu beziehen durch
**Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstr. 27.**

4219
Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 Uhr:
**Wenstkat in Wittekind**
Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr:
**Wenstkat im Zoo.**

**Hallische Werbewoche „Stadt und Land"**

Besucht den Hof der Moritzburg!

Heute, Dienstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr:
**Festabend „1000 Jahr Rhein und Reich"**
Morgen, Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 Uhr:
**Sänger-Kommers**
Eintrittspreis: 20 Pfennig
Karten: Verkehrsbureau „Roter Turm" und Abendkasse
4218


**Sil**
Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist!
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
—OHNE CHLOR—


**Bei Einkäufen geht man nur zu den Inserenten unserer Zeitung!**


**Für Organisationen!**

Den Ortsvereinen der Verbände und Gewerkschaften, sowie allen Vereinen und Genossenschaften bringen wir uns zur Anfertigung aller benötigten Druckarbeiten wie
**Plakate**
**Handzettel**
**Einladungen und Karten sowie Programme**
**Aufnahmescheine**
**Satzungen**
**Listen**
usw. in empfehlende Erinnerung.
Für pünktliche Lieferung, saubere Herstellung wird bestens gesorgt.
**Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei**
Harz 42/44 ∴ Fernsprecher 6605

**„Waldflora"**
**Reinstes Naturprodukt**
(gesetzlich geschützt) nehmen alle Rheumatismus-, Gicht-, Ischias-, Geschwüren sowie an allen Blutkrankheiten Leidende. Alle unsere „Waldflora"-Erzeugnisse sind keine Tees zum Kochen, sondern garantiert reinste Kräuter bezw. Blüten in Pulverform.
**1 Teelöffel „Waldflora" gleicht 55 Tassen Tee.**
So urteilt man über „Waldflora":
Werdau, den 15. Nov. 1924. „Ich habe volles Vertrauen zu „Waldflora", habe selbst eine Kur auf Darmgeschwüre hin gemacht und bin damit außerordentlich zufrieden usw." ges. K. A. W., Werdau.
Niederfrohna, den 13. Nov. 1924. „Heute erfuhr ich durch meinen Vetter die Wirkung Ihres Naturprodukts „Waldflora" und war erstaunt über die Heilkraft. Senden Sie mir nur bitte usw." ges. R. Fr., Niederfrohna.
Verlangen Sie Broschüren und Dankschreiben **kostenlos in allen Apotheken, Drogerien,** wenn nicht direkt vom alleinigen Fabrikanten 3911
**Georg Rich. Pflug & Co., Gera.**
Generalvertreter für Leipzig und Halle
**Paul Glaß, Leipzig,**
Brüderstr. 19. Tel. 10507.

SINAPIA-A.-G. Sipi-Senf HALLE-TROTHA

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Halle und Umgegend teilen wir hierdurch mit, daß wir mit dem heutigen Tage den Betrieb unserer

**Mostrich-Fabrik**

eröffnet haben. Unsere maschinell auf das Modernste ausgestattete Anlage steht unter Leitung eines seit 30 Jahren erprobten Fachmannes. Unsere Originalrezepte sowie unser Fabrikationsverfahren ermöglichen es uns, eine hervorragende Qualität herzustellen, die den Beifall aller Konsumenten finden wird.

Wir fabrizieren
**Marke Sipi-Tafelsenf**
den Qualitäts-Mostrich für den täglichen Verbrauch.
**Marke Sipi-Extra**
etwas für den Feinschmecker.

Unsere Fabrikate sind an unserer gesetzlich geschützten Fabrikmarke kenntlich; wir empfehlen daher, unseren Mostrich entweder in Originalpackungen oder bei losem Einkauf in den demnächst durch unser Plakat kenntlich gemachten Geschäften zu fordern. In Zweifelsfällen bitten wir um telephonischen Anruf.

Unsere Hauptvertretung für Halle haben wir Herrn **Paul Kleinau, Schmeerstrasse 20,** übertragen und bitten, Aufträge an diesen oder an uns direkt zu erteilen. 4212

**SINAPIA A.-G.**
**Teleph. 9031 Halle-Trotha Bahnhofstr. 3**

**Schäfers Gärtnerei, Döllnitz**
empfiehlt sich den Gewerkschaften und Vereinen zur
**Lieferung von Blumen**
zur Verlosung bei festlichen Veranstaltungen in bekannter Güte


## Bekanntmachung.

**Blutlaus- und Raupenplage** nehmen im Amtsbezirke Spergau überhand. Ich bin gezwungen, nunmehr mit entschiedenen Strafen vorzugehen. Zuvor möchte ich der Bevölkerung Gelegenheit geben, die Bekämpfungsmittel kennenzulernen. Auf meine Einladung spricht unter Verwendung von Lichtbildern am Freitag, dem 19. Juni, abends 8 Uhr in Rössen Siedlungsturnhalle, der Assistent der Versuchsstation für Pflanzenkrankheiten der Landwirtschaftskammer zu Halle, Herr Kurt Müller, über Obstschädlinge.

Die gesamte Bevölkerung des Amtsbezirkes, insbesondere die Besitzer von Obstanlagen, lade ich zu diesem Vortrage, für den Eintrittsgeld natürlich nicht erhoben wird, ergebenst ein.

Rössen, den 15. Juni 1925.

**Der Amtsvorsteher für den Bezirk Spergau.**
4213 Cornely.


**Der deutsche Fürstenspiegel**
von Friedr. v. Stromer-Reichenbach
Preis Mk. 2.—, geb. Mk. 3.—
Eine packende wahrheitsgetreue Schilderung des unheilvollen Einflusses des deutschen Fürstentums auf unsere gegenwärtige politische Lage. Interessant ist namentlich der Blick hinter die Kulissen des Weltkrieges und die auf historischer Grundlage beruhenden Bevölkerungsberechnungen für die nächste Zukunft. Ein unentbehrliches Buch zur Beurteilung der politischen Lage.
Zu beziehen durch:
**Volksblatt-Buchhandlung**
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27


## Ehrenerklärung!

Anläßlich des Abhandenkommens der der Stadt Kelbra gehörigen Kyffhäuser-Kleinbahn-Aktien im Nennwerte von 82 000 Mk. habe ich über Herrn Bürgermeister a. D. Liebing mich in schwer beleidigender Form geäußert. Ich bedauere meine Handlungsweise und nehme die Aeußerungen hiermit zurück.

Kelbra, den 13. Juni 1925.

**Emil Koch.**


**Alle Drucksachen** liefert die Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

**Frauen leiden**
Regelstörung
Rheumatismus
behandelt
**M. Diezel**
Homöopathie, Biochemie Harnuntersuchung
Eisleben, Kesslerstr. 62


**Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe.**

Bezahlt wurden am Montag, dem 15. Juni 1925:

| Gattung | Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark: 1. höchster Preis | 2. niedrigster Preis | 3. häufigster Preis | Gefriers-fleisch |
|---|---|---|---|---|
| Ochsen | 102 | 55 | 95 | |
| Bullen | 100 | 80 | 92 | |
| Kühe | 102 | 55 | 93 | |
| Jungrinder | 80 | 70 | 75 | |
| Mastkälber | 110 | 90 | 100 | |
| Saugkälber | 90 | 85 | 90 | |
| Lämmer und Masthammel | 90 | 85 | 90 | |
| Schafe | 80 | 60 | 80 | |
| Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge | 95 | 88 | 98 | |

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250616-16/fragment/page=0004

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 16. Juni 1925.

## Wohlfahrtstagung.

Der Ausschuß für kommunale Wohlfahrtspflege in der Provinz Sachsen und dem Freistaat Anhalt (eine Einrichtung des Städtetages) hatte zum 13. Juni eine Versammlung von Vertretern der Wohlfahrtsämter nach Halle (Bad Wittekind) einberufen. Sie war aus allen größeren Orten des Bezirkes sehr gut besucht. Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, Bürgermeister Kleeis (Aschersleben) eröffnete die Tagung mit den üblichen begrüßenden Worten. Zum erstenmal seien, so bemerkte er, auch Vertreter zentraler Wohlfahrtsbehörden, von Vormundschaftsgerichten usw. anwesend.

Zunächst wurde die Frage der **Wanderarbeitsstätten** behandelt. Herr Dr. Schmidt (Halle) hielt einen längeren einleitenden Vortrag hierzu. Die Wandererfürsorge soll die Wanderer unterstützen und das Wanderwesen überwachen und in möglichst geordnete Bahnen bringen. Es besteht ein Wanderarbeitsstättengesetz vom 29. Juni 1907, das den Provinzen besondere Pflichten, darunter auch die zur Errichtung von Wanderarbeitsstätten, auferlegt. Daraufhin sind auch in der Provinz etwa 35 solcher Stätten gegründet worden, und zwar in Entfernungen von 20 bis 40 Kilometern untereinander, ins Leben gerufen worden. In ihnen werden die Wanderer unterstützt durch Gewährung von Obdach und Verpflegung. Soweit möglich wurde auch Arbeit vermittelt. Im Jahre 1913 wurden in den Arbeitsstätten der Provinz Sachsen und des Landes Anhalt rund 140 000 Wanderer verpflegt. Annähernd der zehnte Teil wurde in ein Arbeitsverhältnis vermittelt. Bei dem Bestreben der Polizei und Gerichte, die Bettelei und Landstreicherei mit Bestrafungen zu bekämpfen, sind alle mittellosen Wanderer auf jene Stätten angewiesen. Krieg und Inflation haben viele Einrichtungen vernichtet. Die Folge ist, daß die in Asylen und in Polizeigewahrsam Untergebrachten sich stark vermehrt haben. Redner bringt eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Wandererfürsorge. Die Bevölkerung könne insofern mitwirken, als sie den Wanderern kein Bargeld in die Hand gibt, sondern möglichst die vielfach eingeführten Wohlfahrtsbons oder Nahrungsmittel. Auch die Maßnahmen der Provinz müßten verbessert werden. — Die Aussprache brachte noch manche Anregung. Es wurde beschlossen, die Vorschläge zur Verbesserung der Wandererfürsorge schriftlich festzulegen und sie mit der Bitte um Verwirklichung dem Landeshauptmann zu übermitteln.

Sodann wurde über die Auswirkung der §§ 19 und 20 der Fürsorgepflichtverordnung verhandelt. Zunächst hielt Bürgermeister Kleeis (Aschersleben) einen Vortrag über **Arbeitspflicht und Beschäftigung Erwerbsbeschränkter.** Nach der Fürsorgepflichtverordnung kann die Unterstützung Arbeitsfähiger in geeigneten Fällen durch Anweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Art gewährt oder von der Leistung solcher Arbeit abhängig gemacht werden, es sei denn, daß dies eine offen ersichtliche Härte bedeuten würde. Damit ist die Arbeitspflicht der Unterstützungsempfänger, die zuerst in die Erwerbslosenfürsorge eingeführt wurde, auf die allgemeine Wohlfahrtspflege ausgedehnt worden. An sich läßt sich kaum etwas dagegen einwenden, denn Staat und Gemeinde haben nichts zu verschenken. Die öffentlichen Körperschaften müssen für ihre Leistungen Gegendienste verlangen können. Es muß nur dafür gesorgt werden, daß die Arbeitspflicht nicht mißbräuchlich in Anwendung kommt. Das Gesetz enthält aber genügend Sicherheiten. Im allgemeinen wird die Arbeitspflicht nur bei solchen Erwerbslosen zur Durchführung kommen, die aus irgendeinem Grunde keinen Anspruch an die Erwerbslosenfürsorge haben. Die Beschäftigung Erwerbsbeschränkter stößt in der Praxis auf große Schwierigkeiten. — Eine hierbei einsetzende Aussprache brachte noch die Klärung mancher Streitfrage. Es wurde besonders noch empfohlen, die Unterstützung jener Erwerbsloser, die keinen Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge haben, in derselben Höhe zu halten, wie die der anderen.

**Die Unterbringung Arbeitsscheuer in Arbeitsanstalten** besprach in einem beifällig aufgenommenen Vortrag Pastor Lemm (Groß-Salze). Die Unterbringung dürfe nicht als eine besondere Art von Strafe angesehen werden. Da die Asozialen (geistig Minderwertigen) vor sich selbst und die Gesellschaft vor ihnen geschützt werden muß, ist eine Anstaltsunterbringung im weitesten Maße zukünftig nicht zu umgehen. Neue Anstalten müssen errichtet werden, wenn Deutschland wirtschaftlich gesundet ist. Es ist der Erlaß eines Verwahrungsgesetzes in Vorbereitung. Die Richter und Polizeiorgane stellen sich oft falsch zur Frage der Unterbringung Asozialer ein. — Auch hieran knüpfte sich eine längere Aussprache. Besonders wurde hervorgehoben, daß die Bezirksausschüsse, die über die Unterbringung zu beschließen haben, diese häufig ablehnen. Zuweilen werde nicht genügend durchgegriffen.

Die weiteren Verhandlungen betrafen Angelegenheiten der Jugendwohlfahrtspflege, besonders der Amtsvormundschaft.

## Der ertappte Wohnungsschieber.

**Achtung! Herr Staatsanwalt!**

Eine Zeitlang kursierten in Halle üble Gerüchte über das hallische Wohnungsamt, die sich hartnäckig verdichteten und schließlich positiv behaupteten, daß ein Beamter des Wohnungsamtes, der berüchtigte Techniker Rafoth, gegen Entgelt Wohnungsschiebungen vornehme. In einer Anzahl von Fällen traten Zeugen auf, die offen bekundeten, daß Rafoth Geld, Lebensmittel, Liköre usw. in reichlichen Mengen erhalten und genommen habe. Der Lebenswandel des ehrenwerten Herrn Rafoth war dementsprechend. In der Zeit allgemeinen Elends wurde er blühend und rundlich; hochelegant ging er einher und spielte den großen Herrn, so daß er peinlichst auffiel. Vor irgendwelchen Verfolgungen oder gar einer Aufdeckung seiner Taten war er völlig sicher, denn wenn irgend jemand die Stimme gegen ihn erhob, dann wurde Strafantrag gestellt, und wenn er selbst es nicht tat, dann tat es für ihn die Stadtbehörde! Die Betreffenden wurden dann vor das Gericht geschleppt und wegen Beleidigung des Herrn Wohnungsamtsbeamten Rafoth zu schweren Strafen, zum Teil sogar zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt. Herr Rafoth aber trat als Zeuge auf, reckte die Schwurhand zum Himmel schwor mit schmetternder Stimme, daß er „bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden die reine Wahrheit sage, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen" werde. Dann erklärte er in der Haltung des unantastbaren Ehrenmannes, daß er niemals Unredlichkeiten begangen, nie Bestechungsgelder genommen, nie Vergünstigungen oder Geschenke erhalten und ein guter Beamter gewesen sei. Das tat er, obwohl ihn der Richter auf das Recht der Zeugnisverweigerung aufmerksam gemacht hatte. Auf diese Art „beruhigte" man die Oeffentlichkeit. Hallische Bürger wurden jedoch bestraft. Der Magistrat hätte damals besser getan, Herrn Rafoth der Justizbehörde zu überlassen; Zeugen wären massenhaft aufgetreten, die das Amtsgebaren dieses Herrn beleuchtet hätten. Die Stadt hätte durch solche Handlungsweise vor allem den treu ihre Pflicht tuenden Beamten und Angestellten des Wohnungsamtes ihr Leben erleichtert, denn sie alle haben durch des Betrügers Rafoth Handlungsweise erheblich leiden müssen. Immerhin schlug auch eines Tages Rafoths Stündlein. Der Magistrat hatte ihn abgebaut. Eine Anzahl Hausbesitzer hatte ihm aus unerforschlichen Gründen ihre Häuser zur Verwaltung anvertraut, und Herr Rafoths Nebeneinnahmen aus Schmier- und Bestechungsgeldern fielen weg. Bei einem Prozesse außerhalb Halles erreichte ihn sein Schicksal; er wurde verhaftet und wegen der Schiebungen angeklagt. Dabei stellte sich heraus, daß er die ihm belastenden Akten des Wohnungsamtes einfach verbrannte, daß ein Schneider ihm umsonst seine Anzüge gemacht hatte, daß andere Leute ihm Zucker und Lebensmittel unentgeltlich lieferten. Sein ausgeprägter Sinn für Musik wurde von einem anderen Interessenten in Wohnungssachen durch Ueberreichung eines prächtigen Grammophons mit zahllosen Platten beruhigt. Die große Mehrzahl seiner Verschlimmen kam nicht ans Tageslicht. Rafoth versuchte anfänglich etwa so wie unser Freund Schneidewind zu leugnen, klappte aber allmählich zusammen. Die wenigen bekanntgewordenen Fälle waren so schwer, daß das Gericht ihn zu **1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilte.** Wie sich inzwischen herausgestellt hatte, war Rafoth Besitzer eines eigenen Hauses geworden. Aus welchen Mitteln ist unbekannt. Er wird unter seinen Verfehlungen schwer zu tragen haben, denn die Staatsanwaltschaft wird sich nunmehr mit den von ihm geleisteten Falscheiden zu befassen haben.

# Der Magistrat unter Anklage.

**Eine Debatte über den Straßenbahnerstreik. / Scharfe Anklagen gegen die unsoziale Personalpolitik des Magistrats. / „Ordnungsblock" und Magistrat schweigen. / Streikverbot durch den Stahlhelm.**

Immer mehr zeigt es sich, daß die bei den Inflationswahlen im Mai vergangenen Jahres zustandegekommene Stadtverordnetenversammlung absolut unfähig ist, so zu arbeiten, wie es im Interesse der Stadt Halle eigentlich sein müßte. Auf allen Gebieten entpuppte sich der aus Deutschnationalen, Volksparteilern und sogenannten Demokraten bestehende „Ordnungsblock" als ein Hemmschuh. Das zeigte mit aller Deutlichkeit auch die gestrige Sitzung, die einberufen worden war, um eine Reihe außerordentlich wichtiger Vorlagen — wir erinnern nur an die Neubauten im Zoologischen Garten, Abschluß von Flugverträgen usw. — zu erledigen.

Genosse Schaumburg beträndete in längerer, scharf pointierter Rede den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag, den Magistrat zu ersuchen, allen städtischen Arbeitern eine den Verhältnissen entsprechende Lohnzulage gewähren zu wollen. Er unterzog die von uns schon dutzendmal gekennzeichnete Lohn- und Arbeiterpolitik des fast rein bürgerlichen Magistrats einer scharfen Kritik. Es war nur zu begreiflich, daß er insbesondere die Dinge besprach, die aus Anlaß des Straßenbahnerstreiks in die Erscheinung traten. Man hätte annehmen müssen, so führte er aus, daß der Magistrat, der sonst mit der Bewilligung von Mitteln für irgendwelche Zwecke nicht karg, aus der Vergangenheit gelernt hätte. Das ist jedoch nicht der Fall. Im Gegenteil hat man dem Straßenbahnpersonal der Großstadt Halle einen Lohn angeboten, der geradezu als Hammerlohn bezeichnet werden muß. Man hat es sogar zum Streik kommen lassen. Jedenfalls um einmal die Zuverlässigkeit der von dem jetzigen Dezernenten geschaffenen Streikbrechergarde zu prüfen. Wenn auch der Streik leider nicht den für die Arbeiterschaft erhofften Erfolg gehabt hat, so muß aber doch festgestellt werden, daß die Straßenbahner gewillt sind, aus diesem von der Gegenseite mit den allererbärmlichsten und schäbigsten Mitteln geführten Kampfe ihre Lehren zu ziehen. Bei gegebener Gelegenheit wird der Kampf mit um so größerer Entschlossenheit wiederaufgenommen, damit auch das Straßenbahnpersonal endlich zu menschenwürdigen Löhnen kommt. Gelegentlich einer Interpellation wegen der Umgehung des Städtischen Arbeitsnachweises bei der Einstellung von Straßenbahnern und Bevorzugung des vom Stahlhelm immer noch verbotswidrig unterhaltenen Arbeitsnachweises ist seitens des Magistrats versichert worden, daß die Einstellungen ordnungsgemäß vor sich gingen. Die Stadtverordnetenversammlung ist damals belogen worden, denn in einer Versammlung des Stahlhelms ist den am Streik sich restlos beteiligenden Stahlhelm-Mitgliedern von der Leitung gesagt worden:

**„Ihr seid durch den Stahlhelm in den Betrieb hineingebracht worden und habt auch nur diesem zu gehorchen."**

Ein Befehl der Ortsgruppe Halle des Stahlhelms an die Straßenbahner, sich sofort bei der Direktion zum Dienstantritt zu melden, d. h. Streikbruch und elenden Verrat an den eigenen Klassengenossen zu begehen, andernfalls fristlose Entlassung vom Magistrat und Ausschluß aus dem Stahlhelm stattfindet, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß zwischen Stahlhelmleitung und Straßenbahnverwaltung ein inniges Zusammenarbeiten stattfindet oder zumindest bestanden hat. Was bis jetzt selbst von privaten Unternehmern nicht vollbracht worden ist, ist hier möglich geworden. Dem Stahlhelm sind die Personalsitzen, die sogenannten Stammrollen, zugestellt worden. Es hat sich gezeigt, daß der Stahlhelm nicht das ist, als was seine Führer von ihm immer behaupten, sondern eine:

**Streikbrecherorganisation allerübelster Sorte.**

Gegen die Auslieferung städtischen Materials an eine politische Rechtsorganisation muß allerentschiedenster Protest erhoben werden. Protestiert muß auch dagegen werden, daß man den in der Werkstatt beschäftigten Schlossern die Pistole auf die Brust gesetzt und sie zum Streikbruch mit Gewalt gezwungen hat. Wenn die Streikenden sich trotz ihrer Empörung nicht zu Unbesonnenheiten haben hinreißen lassen, dann ist das nur ihnen zu danken; sie waren überzeugt, daß sie einen durchaus berechtigten Wirtschaftskampf führen.

**Der Magistrat hat sein wahres Gesicht gezeigt.**

Genosse Schaumburg besprach den von uns im Streikbericht bereits eingehend gewürdigten Fall Seewald, der beanstlich den Gewerkschaftsangestellten Genossen Flücht mit einem dicken Knüppel derart über den Kopf schlug, daß er noch heute krank darniederliegt und höchstwahrscheinlich in ein Sanatorium wird überführt werden müssen. Er unterzog dann die arbeiterfeindliche Lohnpolitik des hallischen Magistrats einer Prüfung und stellte fest, daß **die Stadt Halle,** die sich gegen jede Tarifverbindlichkeit wendet und deshalb riesige Ueberschüsse erzielt,

**die allerniedrigsten Löhne in ganz Deutschland**

zahlt. Trotz niedrigerer Tarife zahlen die umliegenden Großstädte, wie Magdeburg und Leipzig, weit weit höhere Löhne. Als der Streik abgebrochen werden sollte, ist seitens der Verwaltung geäußert worden, daß sie gar kein Interesse daran habe, den Betrieb so schnell wie möglich in geordnete Bahnen zu lenken. Für sie war es wirtschaftlicher, wenn das fahrende Publikum sich wie Heringe in eine Tonne pferchen ließ. Da Maßregelungen nicht stattfinden sollten, wollte man doch 90 Mann dadurch auf die Straße werfen, daß man den angeblich unwirtschaftlichen Sommerfahrplan abschaffen und — eine Ironie auf die Werbewoche — nach dem bedeutend schlechteren Winterfahrplan fahren wollte. Der Antrag der Rechten auf Gewährung eines Gnadengeschenkes von 100 Mark muß abgelehnt werden, denn er würde nichts anderes bedeuten als ein Auszeichen für 25jähriges Hungern. Allen bei der Straßenbahn beschäftigten, wie überhaupt allen städtischen Arbeitern und Angestellten muß ein anständiger Lohn gezahlt werden. Die fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreise bedingen das. Wir verlangen aber auch, daß endlich eine zweckmäßige Ruhegeldordnung geschaffen wird und lehnen Gnadengeschenke ab. Redner ersuchte am Schluß seiner vom gesamten Kollegium mit größter Aufmerksamkeit aufgenommenen, von der Linken mit Zustimmungs- und Entrüstungsrufen begleiteten Anklagerede den Magistrat eindringlich, von seiner bisher betriebenen Sozialpolitik abzulassen und verlangte eine eingehende Untersuchung der von ihm vorgebrachten Beschwerde, durch eine einwandfreie Persönlichkeit. Denn wenn etwa der jetzige Dezernent die Sache in die Hand bekäme, dann würde die Wahrheit doch nicht festgestellt. Wegen des in bezug auf den Magistrat gebrauchten Ausdrucks „Brutalität" und „Gemeinheit" erhielt der Redner einen Ordnungsruf, während der kommunistische Redner Härtel vom Vorsteher wegen seines Ausdruckes „Stahlhelmgesindel" gerügt wurde, weil auch einige Mitglieder dieser Organisation der Stadtverordnetenversammlung angehörten. Als ein anderer Redner der Linken in scharfen, aber durchaus berechtigten Worten die Zulässigkeit dieses Ausdrucks nachwies, schwieg der Herr Vorsteher.

Die beiden kommunistischen Redner Härtel und Kilian, die nach dem Genossen Schaumburg das Wort ergriffen, enthielten sich — da es eine rühmliche Ausnahme bedeutet, sei das hier ausdrücklich festgestellt — diesmal jeglicher Angriffe auf die Sozialdemokratie und die ihnen ebenso verhaßte „Gewerkschaftsbureaukratie". Im Gegenteil, Härtel leitete seine Rede mit der Bemerkung ein, unser Genosse Schaumburg habe die skandalösen Zustände anläßlich des Streikes und das unerhörte Eingreifen der Stahlhelm-Leitung schon so eingehend und ausgezeichnet gebrandmarkt, daß er sich jedes weitere Wort sparen könne. Nach seiner Meinung ist nur durch den Austritt aus dem Arbeitgeberverband eine vernünftige Lohnpolitik möglich. Er begründete einen diesbezüglichen Antrag.

Von der Rechten nahm nur der christliche Gewerkschaftsvertreter Merkel das Wort zu einer ganz lendenlahmen Erwiderung. Er bezweifelte merkwürdigerweise die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung zur Austragung solcher Tarifstreitigkeiten. Da er zugeben mußte, daß die Löhne bei der Fernbahn Halle—Merseburg um 10 Pfennig pro Stunde höher sind als die der städtischen Straßenbahn, suchte er anscheinend im Auftrage des Ordnungsblocks nach einem Mittel, wie man Arbeiterfreundlichkeit markieren könne, ohne daß es etwas kostet. — Genosse Schaumburg widerlegte die von Merkel aufgestellte Behauptung, daß der Streik vorzeitig erklärt worden sei, und warnte die verantwortlichen Persönlichkeiten des Magistrats noch einmal auf das eindringlichste, auf dem bisherigen Wege weiterzuwandeln. Die Geduld der Straßenbahner sei am Ende.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge auf Bewilligung einer Lohnzulage von 10 Pfennig, auf Wiedereinführung der 48stündigen Arbeitswoche und auf Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband gegen die Stimmen der beiden Linksfraktionen abgelehnt. Vom gesamten Ordnungsblock hatten nur die Stadtverordneten Zwanzig und Fräul. Fehse den Mut, für die Arbeiterforderungen einzutreten. Um aber wenigstens so zu tun, als wollte man ernstlich die elende Lage des Straßenbahn-Personals bessern, beantragte der Ordnungsblock die Gewährung einer sogenannten Gefahrenzulage an das Fahrpersonal. Bemerkenswert ist, daß bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband diese von den Gewerkschaftsvertretern bereits mehrfach gestellte Forderung, — die es ermöglicht, über die vom Arbeitgeberverband festgelegten Sätze hinauszugehen — bisher immer abgelehnt worden ist. Da das Kollegium jetzt einstimmig die Gewährung einer solchen Zulage beschloß, werden wir bald sehen, wie sich der arbeiterfreundliche Magistrat nun dazu stellt.

Bemerkenswert ist ferner die Art, wie der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung glaubt, behandeln zu können. Obwohl zwei Tagesordnungspunkte sich mit Angelegenheiten der Straßenbahn beschäftigten, hielt es der Dezernent für das städtische Verkehrswesen für angezeigt, der Sitzung einfach fernzubleiben, so daß der Magistrat auf die erhobenen Anklagen keine Antwort gab. Auch die übrigen Stadträte, sowohl die beiden Bürgermeister, hielten es nicht für nötig, die Haltung des Magistrats zu rechtfertigen. Nun, jedes Parlament erfährt die Behandlung, die es verdient. Und diese Stadtverordnetenversammlung verdient es wirklich, daß sie in so nichtachtender Weise behandelt wird.

Als darauf in die weitere Beratung der Tagesordnung eingetreten werden sollte, verließen die beiden Linksfraktionen geschlossen den Sitzungssaal und führten dadurch die Beschlußunfähigkeit des Kollegiums herbei. Trotz ihres starken zahlenmäßigen Uebergewichts waren nämlich nur so viel Ordnungsblöcker zur Sitzung erschienen, als notwendig waren, die im Interesse der städtischen Arbeiterschaft gelegenen Anträge abzuwürgen. Die Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit sollte eine Antwort sein auf das schwächliche Gebaren der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit, die nicht den Mut aufbringt, die reaktionären und die Interessen eines großen Teiles der städtischen Bevölkerung aufs schlimmste verletzenden Maßnahmen des Magistrats zurückzuweisen.

---

* **Lassalle und die Frauen.** Ueber dieses Thema wird Genosse Schulz am Mittwochabend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Zimmer 1a im Auftrage der sozialdemokratischen Frauengruppe sprechen. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. **Der Vorstand.**

* **Aufruf zur Bildung eines großen Volkschores.** Der „Freie Sängerchor" Halle erläßt in der vorliegenden Ausgabe einen Werbeaufruf, welchen wir hiermit allgemeiner Beachtung empfehlen. Hoffentlich hat der Aufruf den erwünschten Erfolg.

* **Volkspark.** Es wird auf das heute abend stattfindende 6. Sommerkonzert, welches als Italienischer Abend gedacht ist, besonders hingewiesen. Der Garten ist bunt erleuchtet. Der Besuch ist sehr zu empfehlen. Beginn des Konzertes pünktlich ¾8 Uhr.

* **Wittekind und Zoo.** Morgen, Mittwoch, ¾7 bis ¾8 Uhr Sinfonische Morgenmusik, ab 4 Uhr nachmittags Blumenfest im Wundergarten Abends Illumination des Gartens und Bades. Tanz im Saal und im Freien. — Infolge des Blumenfestes Mittwoch, abends 8 Uhr Wenstfat in Wittekind. Donnerstag, abends 8 Uhr Wenstfat im Zoo.

---

**Die Delegierten des Sportkartells, die von den Vereinen bestimmt sind und dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angehören, werden ersucht, heute zur Kartellsitzung eine halbe Stunde früher zu erscheinen, da eine nochmalige Aussprache über die Aufnahme des Vereins „Othello" stattfinden soll. Bürger.**

---

## Aus dem Geschäftsleben.

* **Die Linapia A.-G.** zeigt im heutigen Anzeigenteil die Inbetriebnahme ihrer maschinell auf das modernste ausgestatteten neuerbauten Mostrichfabrik an. Ihr Fabrikat „Lipsia-Tafelsenf" ist vor hervorragender Qualität.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250616-16/fragment/page=0005

# Aus der Provinz.

## Sangerhausen-Eckartsberga.

**Am Sonntag, dem 5. Juni 1925, vormittags 9 Uhr, findet im „Herrnkrug" in Sangerhausen eine Unterbezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung statt:**

1. Jahresbericht des Vorstandes.
2. Wahl des Vorstandes, des Mitgliedes der Preßkommission und der Delegierten zum Bezirksparteitag.
3. Beratung des neuen Bezirksstatutes.
4. Anträge zum Bezirksparteitag.
5. Die politische Lage.
6. Anträge und Verschiedenes.

Alle Ortsvereine, Kreistagsabgeordnete und Gemeindevertreter müssen pünktlich erscheinen. Anträge an die Unterbezirkskonferenz müssen spätestens bis 28. Juni an die Unterbezirksleitung eingereicht sein.

Der Vorstand. Brüll.

## Unterbezirkskonferenz Bitterfeld-Wittenberg.

Am Sonntag, dem 14. Juni, fand in Wittenberg eine gut besuchte Konferenz unseres Unterbezirks statt. Zuerst wurde der Entwurf des neuen Bezirksstatutes eingehend beraten und mit dem Wunsch um Berücksichtigung einiger kleineren Aenderungen, einstimmig angenommen. Genosse Baum gab dann den Geschäftsbericht über das verflossene Jahr. Erwähnenswert ist vor allem, daß trotz gewaltiger Hetze der Kommunisten auf der einen Seite und wirtschaftlicher Notlage der arbeitenden Bevölkerung auf der anderen es doch zielbewußter Arbeit gelang, organisatorische Erfolge zu erzielen. Der Bericht gab manchen interessanten Stoff zu einer anschließenden regen Aussprache. Sie wurde während der ganzen Konferenz im kameradschaftlichen Tone geführt, so wie es ja auch im Interesse der Parteibewegung liegt. Alle Delegierten waren getragen von dem Bestreben, im kommenden Jahre mehr als zuvor zu erbeiten, um die Organisation in den industriell sich entwickelnden Kreisen Bitterfeld und Wittenberg weiter vorwärts zu bringen.

Dem Bericht schloß sich ein Referat der Genossin Röpert (Halle) über Frauenbewegung und Arbeiterwohlfahrt an. Auch hier zeigte die lebhafte Aussprache wieder, daß diesen Fragen das regste Interesse zugewandt wurde. Sehr wichtige Fingerzeige wurden gegeben, die zur Gewinnung der Frauen für unsere Organisation führen. Pflicht aller Parteigenossen muß es in erster Linie sein, ihre Frauen der Partei zuzuführen; dann wird es nicht nur auf dem Gebiet der Frauenbewegung, sondern auch bei der Jugend weiter vorwärts gehen. Eingehend wurden besonders die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt erörtert.

Bei den Wahlen zum Unterbezirksvorstand wurden gewählt: Baum-Bitterfeld (1. Vors.), Ansorge-Piesteritz (2. Vors.) und als Beisitzer die Genossen Kirmse-Bitterfeld, Lebbin-Bitterfeld, Neubauer-Piesteritz, Hofe-Wittenberg, Zimmermann-Ramsin, Kripendorf-Gräfenhainichen sowie die Genossin Spengler-Bitterfeld. Als Mitglied der Preßkommission wurde Genosse Ansorge-Piesteritz wiedergewählt. Als Delegierte zum Bezirksparteitag wurden gewählt die Genossen Kosel-Zschornewitz, Matthis-Zahna und Zimmermann-Ramsin, als Delegierter zum diesjährigen Reichsparteitag Genosse Baum-Bitterfeld.

Genug der Worte sind gefallen, nun auf zur energischen Arbeit für die Partei. Alles was nicht mit uns ist, ist gegen uns und allen diesen gilt darum unser Kampf. Erfülle jeder seine Pflicht, dann wird die Zeit nicht ferne sein, daß auch in unseren Kreisen, in denen sich jetzt noch Hakenkreuz und Sowjetstern tummelt, die sozialistische Partei wieder Führerin wird. Aufgabe jedes Parteigenossen und jeder Genossin ist es, in der nächsten Zeit neue Mitglieder zu werben sowie Leser des Organs des schaffenden Volkes des „Volksblatt" und unser ist der Sieg.

**Eilenburg.** Beim Baden ertrank der 15jährige Otto Dittmann, Sohn des Eisendrehers Emil Dittmann. Der Knabe hatte, obwohl er sich nicht ganz wohl fühlte, schwimmen wollen. Beim Untertauchen muß ihn ein Herzschlag getroffen haben. Seine Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

**Delitzsch.** Bürgermeisterwahl. In der Stadtverordnetensitzung am Freitag, dem 12. Juni, war nur eine kleine Tagesordnung zu erledigen. Der wichtigste Punkt war die Wahl des 2. Bürgermeisters. Die Kommission zur Vorbereitung der Wahl hatte aus den eingegangenen 97 Bewerbungen drei Bewerber ausgewählt, die am Dienstag, dem 9. Juni, sich der Versammlung mit ihrem Programm vorstellten. Die drei Bewerber waren: Stadtamtmann Gutjahr (Neukölln), Syndikus Dr. Baumgardt (Weidenau) und Stadtsparkassendirektor Robbe (Delitzsch). Die Wahl am 12. Juni hatte folgendes Ergebnis: Dr. Baumgardt 13, Robbe 11, eine ungültige Stimme. Da Stadtv. Kranz von der KPD. fehlte, war die absolute Mehrheit 13 Stimmen und somit ist Dr. Baumgardt gewählt. Wir wollen hoffen, daß der neue Herr die Stellung in Delitzsch nicht bloß als Sprungbrett zu weiterem Fortkommen benutzt und daß er, trotzdem er Offizier war und Akademiker ist, bemüht sein wird, auch die Interessen der Arbeiterschaft im Rahmen des Gemeinwesens und Gemeinwohles zu wahrnehmen. — Ein anderer Punkt der Tagesordnung betraf einen Antrag des Arbeiter-Sportkartells in Prag, es gebeten hatte, den Teilnehmern an der Arbeiter-Olympiade 200 Mk. aus städtischen Mitteln zu bewilligen. Unser Magistrat hatte es (in Worten: sechzig) Mark bewilligt. (Andere Gemeinden wie Bitterfeld und Wolfen haben sich entgegenkommender gezeigt.) Zur Aussprache und Abstimmung über diese so recht bezeichnende Magistratsvorlage kam es aber nicht einmal, da der Stadtverordnete B. Hampe (Bürgerl.) den Antrag auf zweite Lesung und Verweisung an die Jugendpflegekommission stellte. Der Antrag fand natürlich durch die bürgerlichen Vertreter genügend Unterstützung. Wer weiß, wann nun die Verhandlung des Antrages stattfindet. Bemerkt sei noch, daß unsere Fraktion den Antrag gestellt hatte, statt der vom Magistrat vorgeschlagenen 60 Mark die geforderten 600 Mark zu bewilligen. — Der Vorsteher gab dann noch bekannt, daß der Verkauf des städtischen Grundstückes in der Kreuzgasse sich zerschlagen habe, da der Käufer Hähnel wegen „persönlicher Angriffe" gegen ihn vom Kauf zurückgetreten sei. Wir sind über die Gründe freilich anderer Ansicht.

**Artern.** Der Zuckerfabrikarbeiterstreik ist nach vierwöchentlicher Dauer abgebrochen worden, weil nach Lage der Verhältnisse es aussichtslos war, weiter im Streik zu verharren. Bedauerlicherweise hatten neben den vom Streikbrecheragenten des Stahlhelms, Herrn Hellwig, kommandierten 80 Streikbrechern aus Rinnleben auch eine Anzahl der größten Schreier die Arbeit nach 14 Tagen aufgenommen und somit eine gewisse Verzagtheit Platz gegriffen. Vier angebliche Sandstatisten, unter Führung eines gewissen Böhme, die seit Jahren nur Verratsgeschichten gegen gewerkschaftliche Führer als ihre Lebensaufgabe betrachteten, waren gar nicht organisiert. Trotzdem sie unterstützt wurden, setzten sie ihrem sonstigen Benehmen die Krone auf und wurden Streikbrecher. Nachdem der Kampf durch Verhandlung abgebrochen und von der Direktion versichert worden ist, daß je nach den Betriebsverhältnissen und Bedürfnissen alle Arbeiter wieder eingestellt werden sollten, scheint die Direktion jetzt den Machtstandpunkt herauskehren zu wollen. Dem Wiedereinstellungsbescheid Folge leistend, wurde ein seit 47 Jahren (siebenunddreißig Jahren) bei der Firma beschäftigter Arbeiter kurzerhand von Direktor Lindner wieder entlassen, weil er bezüglich des Streikobjekts anderer Meinung war als der Herr Direktor. „Gehen Sie Ihre Mütze wieder auf und gehen Sie wieder," erhielt der „mit Lebensstellung" behaftete, in der Zuckerfabrik alt und grau gewordene Arbeiter zur Antwort. Auch dieser Streik hat wieder bewiesen, daß den größten Schreiern vor Beginn eines Streiks am meisten auf das Maul gesehen werden muß. Andererseits verdient das solidarische Verhalten fast der ganzen Belegschaft restlose Anerkennung und Bewunderung. Arbeiter der übrigen Betriebe, nehmt Euch ein Beispiel hieran.

**Kelbra.** Schwerer Autounfall. Am Donnerstagabend 8 Uhr ertönte plötzlich Feueralarm in unsern Straßen, angeblich einen ausgebrochenen Waldbrand zu bekämpfen. Wie es sich später herausstellte, war ein mit Holz beladenes Lastauto des Fabrikbesitzers Schmalz (Nordhausen) auf der Straße Frankenhausen—Kyffhäuser verunglückt, indem aus noch nicht aufgeklärten Gründen der Anhängewagen umstürzte und die Holzladung ins Tal stürzte. Das Lastauto selbst geriet in Brand und verbrannte vollständig. Der Chauffeur und ein den Wagen begleitender Arbeiter trugen erhebliche Verletzungen davon. Es ist ein Wunder, daß sich auf der genannten Straße, welche wegen der vielen Krümmungen und steilen Gefälle gefährlich ist, bis jetzt so wenig Unfälle ereignet haben. — Bei dem Verkauf der Kirschen aus den städtischen Plantagen wurden, da der Behang in diesem Jahre gering ist, mäßige Preise erzielt. Der Gesamterlös aus den drei städtischen Plantagen betrug 1227 Mark.

**Eckartsberga.** Autounfall. Auf der Chaussee zwischen Eckartsberga und Gernstedt fuhr ein Berliner Auto gegen einen Baum. Die beiden Insassen, eine Frau und der Chauffeur, wurden herausgeschleudert. Die Frau starb schon nach kurzer Zeit an den schweren Verletzungen. Der Wagenführer kam mit leichten Schrammen davon.

## Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 16. Juni 1925.

* **Aus dem Kreise Querfurt.** In Ebingen bei Mücheln wurde ein Brauereiarbeiter von einem Brauereiauto an der abschüssigen Stelle vor der Engelhardt-Niederlage überfahren. Er ist seinen Verletzungen erlegen. — In Zscheiplitz ertrank ein Schweizer beim Baden in der Unstrut, weil die Leine riß, an welche er von seinen Arbeitskollegen zur Erlernung des Schwimmens genommen war. Als es an die Rettung des Ertrinkenden gehen sollte, zeigte es sich, daß die Schwimmlehrer selbst nicht schwimmen konnten. Den Bemühungen eines herbeigeeilten Debiters gelang es, die Leiche des Verunglückten zu bergen. — In beiden Fällen handelt es sich um Familienväter.

**Schkeuditz.** Abgelehnte Magistratsvorlagen. Am 11. Juni waren die Stadtverordneten zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten. Der Magistrat hatte mit seinen beiden Vorlagen kein Glück. Beide wurden abgelehnt. Die erste betraf die Schaffung einer Polizeibeamtenstelle. Die Regierung hatte die Genehmigung versagt und hat den Magistrat an das Innenministerium verwiesen. Die Linke des Kollegiums konnte sich absolut nicht dazu der Notwendigkeit der Schaffung der Stelle übergeben und lehnte die Vorlage gegen die Stimmen des „Ordnungsblocks" ab. Die zweite Vorlage betraf die Schaffung einer neuen Kassiererstelle bei der Stadthauptkasse. Nach eingehender Aussprache wurde auch diese Vorlage, diesmal einstimmig abgelehnt. Nach Schluß der Tagesordnung ersuchte der Genosse Wille den Magistrat, bei der Forstbehörde vorstellig zu werden, damit die Dölzigerstraße in Ordnung gebracht wird. Die Gemeinden werden durch die staatlichen Aufsichtsbehörden wiederholt aufgefordert, die Wege in Ordnung zu bringen, ohne danach zu fragen, wo die Mittel dazu hergenommen werden sollen. Trotz der laufenden Einnahmen, die diese Forstverwaltung aus ihren Holzbeständen erzielt, sind die Wege und Straßen, die von ihr unterhalten werden müssen, förmliche Verkehrshindernisse. Bei trockenem Wetter, wie zurzeit vorherrschend, liegt der Staub fußhoch auf der Straße, und bei Regenwetter ist die ganze Straße ein einziges Schlammloch. Fußgänger müssen bei Annäherung eines Wagens, die Böschung hinab, in den Wald flüchten, bei trockenen Wetter wegen der ungeheuren Staubentwicklung und bei Regenwetter, um nicht auszusehen als seien sie einem Moorbad entstiegen. Den Spaziergängern und Erholungsbedürftigen wird der Ausflug nach dem Walde dadurch vollständig verleidet. Aber auch die Geschirre laufen ständig Gefahr, Achsenbrüche zu erleiden. Ohne einen Grenzpfahl zu sehen, werden die Passanten an der in guter Ordnung gehaltenen Straße, daß sie sich von der Luppenbrücke auf sächsischem Gebiete befinden. Ist es der preußischen Forstverwaltung nicht möglich, was bei der sächsischen eine Selbstverständlichkeit ist?

**Frankleben.** Feuer auf der Grube Leonhardt. Zum Kesselhaus der Grube Leonhardt brach am Sonntagabend Feuer aus, welches auch auf die Brikettfabrik übergriff. Die Feuerwehren der umliegenden Gruben und des Ammoniakwerkes Merseburg waren in kürzester Frist zur Stelle. Der gemeinsamen Arbeit gelang es, das Feuer nach 2 Stunden zu löschen, so daß eine weitere Gefahr nicht mehr bestand.

**Leunastädt.** Die Wasserentnahme am Friedhofbrunnen ist wegen Wassermangel nur von 6—8 Uhr abends gestattet. Das Abholen von Waschwasser aus diesem ist ganz untersagt.

## Rundfunk-Programm Leipzig.

Mittwoch, den 17. Juni:

10 Uhr vorm.: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise. 10.15 Uhr morgens: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 12.55 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. 1 Uhr nachm.: Börsen- und Pressebericht. 4 Uhr, 6 Uhr, 6.15 Uhr abends: Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen. 4.30 bis 6 Uhr nachmittags: Märchennachmittag für Kinder. (Thea Kaiser vom Alten Theater liest Märchen und die Rundfunkhauskapelle spielt entsprechende Weisen.) 7 bis 7.30 Uhr abends: Vortrag (von Dresden aus): Dr. Max Speter, Wehlen: „Christoffel von Grimmelshausen". 7.30 bis 8 Uhr abends: Vortrag (von Leipzig aus): 7. Vortrag von Prof. Dr. Erich Marx von der Universität Leipzig aus dem Zyklus: „Radium, Röntgenstrahlen und die Materie." Dresdener Programm für beide Wellen. 8.15 Uhr abends: Wiener Lieder und Wiener Tanz. — Ein historischer Rückblick vom „lieben Augustin" bis in die letzte Zeit. (Mitwirkende: Carl Blumau, Dresden, Else Schicketanz, Dresden (Gesang), Ernst Schicketanz, Dresden (Gesang) und Schrammeltrio.) 1. Einleitender Vortrag: a) O du lieber Augustin (1679); b) Der Lenz und der Lipp (1700). (Carl Blumau.) 2. Wenzel Müller (1822): Duett aus der Zauberoper „Aline" (Text von Adolf Bäuerle), „Was macht denn der Prater". (Else Schicketanz, Ernst Schicketanz.) 3. Duett (1830): „Der Wanna geht net unter." (Else Schicketanz, Ernst Schicketanz.) 4. Johann Fürst (1854): Couplet „Der blaue Montag". (Carl Blumau.) 5. W. Wiesberg-Heberger (1870): Duett „O wunderschöne Jugendzeit". (Else Schicketanz, Ernst Schicketanz.) 6. Karl Lorenz (1885): Wiener Lied mit Schrammelbegleitung „Jetzt fahr ma halt nach Nußdorf naus". (Carl Blumau.) 7. Karl Lorenz (1896): Walzerlied mit Schrammelbegleitung „Wanna Chit". (Else Schicketanz.) 8. Alter Krakauer (1900): Couplet „Die wahre Liebe ist das nicht". (Carl Blumau.) 9. F. P. Friedrich (nach 1900): Wiener Lied „Bei der Faßbinderagassen". (Else Schicketanz, Ernst Schicketanz.) 10. Th. F. Schild (nach 1900) Text von K. Lorenz: Marschlied mit Schrammelbegleitung „Die Banda kummt". (Carl Blumau.) 11. Heringer-Gruber (nach 1900): Duett „S'wird schöne Maderln geben". (Carl Blumau, Ernst Schicketanz.) 12. Pohlammer-Stolz (vor 1900): Urwienerlied mit Schrammelbegleitung „Weil i a alter Drahrer bin". (Carl Blumau.) 13. Kr. Benatzky (nach 1900): Wiener Lied „I muß wieder amol in Grinzing sein". (Else Schicketanz.) 14. Beda-Engel-Berger (nach 1900): „Das is a Wein". (Ernst Schicketanz.) 15. Oskar Hofmann (um 1885): Schlußgesang „Wien, die Stadt der Lieder". (Blumau, Else Schicketanz, Ernst Schicketanz.) Anschließend (etwa 9.45 Uhr) Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst. Darauf: Tanzmusik von 10.15 bis 11.30 Uhr.

**Genossenschafter! Rüstet zum Internationalen Genossenschaftstag am 5. Juli.**

# Das wandernde Licht.

Von Auguste Groner.

Copyright 1924 by Greiner und Komp., Berlin W 80.

34] (Nachdruck verboten.)

„Für immer. Das habe ich schon in der ersten Stunde unseres Beisammenseins empfunden."

„Wie ich," setzte Lena tief aufatmend hinzu. Und ihr von Tränen verdunkelter Blick senkte sich tief in seine Augen.

Hand in Hand gingen sie weiter. Ganz langsam gingen sie, sprachen nicht, sondern schauten einander nur zuweilen an.

Sie sahen nicht mehr viel von den Bildern, befanden sich überhaupt nicht mehr in der Kunstausstellung, sie wandelten im Paradiese.

### 13. Kapitel.

Als Müller das Auto bestieg, war es gerade halb zehn.

Und lange noch nicht zehn war es, als das Fahrzeug an der der Berggasse ganz nahe gelegenen Endstation der Straßenbahn vorüberfuhr.

Dort ließ Müller halten, bezahlte den Chauffeur und begab sich in das kleine Gasthaus, das sich ganz nahe befand und das, wie er durch den findigen Johann erfahren hatte, Severin Federlein oft besuchte. Die Fenster des gemütlichen Lokals schauten wie freundliche Augen in die Nacht hinein.

Erliche Schaffner der Straßenbahn standen, auf die Abfahrt ihrer Wagen wartend, davor.

Als Müller an ihnen vorüberging, streifte sein Blick ihre Gesichter. Es waren ältere Männer. Karl Federlein, der Verehrer Luisens, befand sich nicht unter ihnen.

Des alten Detektivs Augen blitzten jedoch auf, als er, das Lokal betretend, Severin Federlein und einen jungen Schaffner ganz nahe der Tür sitzen sah.

Die da waren Vater und Sohn, das erkannte man auf den ersten Blick.

Er trat an den Tisch heran und lüftete den Hut.

„Erkennen Sie mich nicht?" fragte er freundlich, sich an den Alten wendend, der merkbar schon ein wenig angetrunken war.

Severin Federlein, der gerade wie sein Sohn, schweigend vor sich hingestiert hatte, wischte sich über die Augen, betrachtete Müller sagte endlich: „Sie sind der Herr, der Nummer zweiundvierzig kaufen will."

„Ich habe mit Ihnen wegen des Hauses zu sprechen."

„Soll das hier sein?"

„Privat wäre es mir lieber. Ihr Sohn, nicht?" fuhr er, auf Karl weisend, fort. „Die Aehnlichkeit ist unverkennbar."

„Ja, mein Sohn."

„Darf ich Sie zu einer Flasche Wein einladen?" wandte sich Müller an den jungen Mann.

„Bitte sehr!"

Das klang so gleichgültig, daß Müllers Herz sich schmerzlich regte; denn der junge Mann sah wirklich elend aus.

Eine Minute später saßen sie im Privatzimmer als die einzigen Gäste.

Es war mit seinem geheizten Ofen, seinen verhangenen Fenstern, seinem hellen Licht und seiner Sauberkeit ungemein gemütlich. Severin Federlein beachtete diese Traulichkeit nicht; sein gieriger Blick richtete sich auf die schlanke Flasche, aus welcher der Wirt den blaßgelben Wein in die Gläser goß.

„Noch eines gefällig," erkundigte er sich zuvorkommend.

„Nichts mehr. Machen Sie bitte die Tür zu!" sagte Müller.

„Also, auf Ihr Wohl! Und auf den Kauf, mit dem Sie's also doch ernst meinen, sonst säßen wir ja jetzt nicht beisammen!"

So sagte gravitätisch der schon benebelte Hausmeister und hielt dabei Müller das Glas hin.

Aber dieser tat ihm nicht Bescheid. Seine Hände lagen ganz ruhig auf dem tief über den Tisch gebeugten Gesicht des Sohnes, dessen eingesunkene Augen nur sich hinstierten.

Während Müller auf dieses junge Gesicht sah, sagte er leise, aber sehr deutlich: „Ich habe nie die Absicht gehabt, das Haus zu kaufen. Ich war schon, ehe ich mich von Ihnen umherführen ließ, durch das zerbrochene Fenster gestiegen, durch die offene Tür des Parterrezimmers und dann die Wendeltreppe hinaufgegangen."

Während er das sagte, hatte Karl Federleins Gesicht sich ihm ruckweise zugewendet. Ein großer Schrecken und ein großes Erstaunen lag darauf. Während der Alte zu ahnen begann, wen er da vor sich hatte, stärkte sich des jungen Federleins Gesicht auf, plötzlich sagte er ganz laut: „Nun brauche ich mich nicht noch einmal aufzuhängen."

Müller schaute verwundert von einem zum andern.

„Erhängen wollten Sie sich? Dieser Sache wegen?" fragte er stockend.

Karl Federlein nickte.

Ich war schon am Strick. Der Vater hat mich abgeschnitten und nachher geschlagen. Heute will ich's wieder tun. Ich hätt's nimmer ausgehalten. Jetzt — ist mir's leichter.

„Hätten Sie sich doch selbst gestellt," sagte Müller.

„Dazu hab ich nicht die Courage gehabt," antwortete der junge Mann. Es war tatsächlich, als ob ihm eine furchtbare Last von den Schultern genommen worden wäre.

Sein Vater gebärdete sich wie einer, der überhaupt nicht weiß, was er tun und denken soll. Er stand auf, setzte sich wieder, er wischte sich über das Gesicht, er wollte reden, aber die Stimme versagte ihm.

Endlich sagte er ganz heiser und scheu, auf seinen Sohn blickend: „Karl, eins sag, sag's schnell, sonst glaub ich, ich sei verrückt. Sag, daß du nichts mit dem zu tun hast, was in Nummer vierzig geschehen ist."

Der Alte stützte die zitternden Hände auf den Tisch und stierte auf seinen Sohn.

Karl Federlein hatte sich erhoben. Er war vielleicht in seinem ganzen Leben nie ruhiger gewesen als jetzt, da er sein entsetzliches Geheimnis los geworden. Ruhig blickte er in des Vaters blutunterlaufene Augen und sagte: „Ja, Vater, ich hab's getan. Ich habe geglaubt, daß sich der, der sich schon eine Weile um den Baron sein Haus geschlichen, und der damals wieder da war, sich wegen der Luise da herumtreibt. Da bin ich ihm nachgeschlichen. Ich hab wissen wollen, ob mich das Mädel zum Narren hat. So bin ich von dem einen Haus ins andere gekommen und — wie ich gemerkt habe, daß der Fremde nicht wegen der Luise gekommen, daß er ein Einbrecher ist, und es auf uns kommen kann, wenn etwas gestohlen wird, da ist meine Wut eine andere geworden.

„Ich schrei ihn an — da hat er auch schon den Revolver in der Hand."

„Und Sie?" drängte Müller, denn Karl Federlein, den das Grauen wieder überwältigte, hielt im Reden inne. Jetzt atmete er tief auf.

„Ich? — Ich hatte mein bosnisches Messer schon in der Hand und in seiner Brust, ehe er hat losdrücken können."

„Man hat den Revolver nicht bei ihm gefunden," sagte Müller.

Karl schüttelte den Kopf.

„Nein, den habe ich mitgenommen. Warum? Das weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, warum ich mich überhaupt noch in die Sache hineingemischt habe, nachdem ich doch schon gemerkt, daß sie mich nichts angeht. Ich hätte ja fortlaufen und gleich Anzeige machen können, da wäre ja kein Verdacht auf mich gefallen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250616-16/fragment/page=0006

# Gewerkschaftliches.

## Zweiter Afa-Kongreß.

### Die Eröffnungssitzung.

**München, 16. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) **Am Montagvormittag trat in München der zweite Afa-Kongreß unter Beteiligung von etwa 300 Teilnehmern zusammen.** Der große Festsaal im Hotel Wagner machte mit seiner für München nicht alltäglichen Ausschmückung einen überaus feierlichen Eindruck. In seiner Eröffnungsansprache erinnerte Aufhäuser an **ein Wort Napoleons**, nach dem der Degen und der Geist die **entscheidenden Mächte** in der Welt sind. Für die freien Gewerkschaften, **aber auch für** das ganze deutsche Volk muß heute nur die Politik des Geistes Geltung haben, um die Völker zu versöhnen und die **Weltwirtschaft dem** Bedarf zu erschließen. Die verantwortlichen Regierungen **sollten** sich diesen Standpunkt zu eigen machen. An die Eröffnungsrede Aufhäusers schloß sich eine Reihe von Begrüßungsansprachen der anwesenden Gäste. Besonders bemerkenswerte **Ausführungen** machte Oudegeest, der in Gedanken die unbedingte Zusammenarbeit der Hand- und Kopfarbeiter auf das große Ziel **des IGB. in den Vordergrund stellte. Von den jetzigen Verhandlungen** zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften erhofft er große Vorteile und eine Annäherung zwischen Moskau und Amsterdam. Im Namen des Direktors Thomas vom Internationalen Arbeitsamt, der sich auf einer Reise nach Amerika befindet, verlas sein deutscher Vertreter, Ministerialrat Donau, eine längere und sehr bemerkenswerte Botschaft.

In der **Nachmittagssitzung erstattete** Bundesvorstand Stähr den Geschäftsbericht über die inneren Angelegenheiten des Afa-Bundes. **Seit dem Düsseldorfer Kongreß im Jahre 1921 habe sich der Bund außerordentlich gut gefestigt. In allen 15** Organisationen des Bundes gehe es aufwärts. Die kommunistische Zellenbildung innerhalb des Afa-Bundes habe völlig Schiffbruch gelitten, so daß auch diese Krise glücklich überwunden sei. — Den Geschäftsbericht über die äußeren Angelegenheiten des Bundes erstattete Genosse Aufhäuser, der in großen Zügen die ungeheuren Schwierigkeiten schilderte, die der Afa-Bund in den letzten fünf Jahren zu überwinden hatte. Durch die Kennzeichnung des deutschen Unternehmertums und der deutschen Sozialpolitik der letzten Jahre ergebe sich ein Gesamtbild der deutschen Wirtschaft. Als das Entscheidende bezeichnete Aufhäuser die Betrachtung der Sozialpolitik als eine Machtfrage. Wenn die Sozialisierung auf dem Wege der Gesetzgebung in den letzten Jahren nicht gelungen sei, so müsse es Aufgabe der freigewerkschaftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten sein, mehr als bisher in die Privatwirtschaft einzudringen. Man müsse versuchen, nicht nur auf dem gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Wege, sondern auf dem Wege der **Stärkung des politischen Einflusses der deutschen Arbeitnehmerschaft Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches zu gewinnen. Man dürfe die politische Neutralität nicht so weit steigern, daß die Angestellten politisch indifferent werden**, sondern solle sie immer darum erinnern, daß sie auch politisch ein wichtiges Element als deutsche Staatsbürger sind. Die Angestellten müßten in erster Linie ihre eigenen Kräfte steigern. Deshalb müsse von diesem Kongreß der Ruf ausgehen: Unser Weg führt auf die Straße der organisierten Selbsthilfe. Den Angestellten wird nicht geholfen, wenn sie sich nicht selbst helfen.

Eine **Kritik** an dem vorgelegten **Geschäftsbericht wurde in der** Diskussion nicht geübt. Einstimmig angenommen wurde u. a. der Antrag auf Schaffung eines zeitgemäßen Theatergesetzes und die gesetzliche Unterbindung des Dilettanten-Unwesens.

## Die Machtprobe des vertragsbrüchigen Unternehmertums.

### Statt 90 000 bis jetzt nur 20 000 Holzarbeiter ausgesperrt.

Die Arbeitgeber haben in den letzten Jahren schon viele Enttäuschungen erleben müssen. Seit 1918 wickelt sich nicht mehr alles nach ihren Wünschen ab, weil die Arbeiterschaft inzwischen mehr denn je die Macht der Arbeitskraft kennengelernt hat. Es scheint so, daß für die Herren des Arbeitgeberverbandes eine neue Enttäuschung vor der Tür steht. In ihrem Auftrag haben die Holzindustriellen die Aussperrung der Holzarbeiter angekündigt und auf ihren Befehl hin sollten 90 000 Arbeiter des Holzgewerbes schon ab Sonnabend auf der Straße liegen. Am Montagabend waren es erst 20 000 für das ganze Reich und, wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürfte diese Zahl auch in den nächsten Tagen nicht wesentlich überschritten werden.

Der Arbeitgeberverband hat es wahrlich an Versprechungen und Drohungen nicht fehlen lassen, um alle seine Mitglieder zu der Aussperrung zu veranlassen. In einem Rundschreiben wurde den Unschlüssigen z. B. versichert, daß es gelungen sei, durch Verhandlungen „mit den Spitzenverbänden anderer Industrien und der Gesamtvertretung der deutschen Arbeitgeberschaft über die in der Aussperrungsseit fälligen Zahlungen und Lieferungsverpflichtungen Erleichterungen zu schaffen. Es sind **Maßnahmen getroffen, daß die ausgesperrten Arbeiter nicht von Betrieben anderer Industrien eingestellt werden.**" Diese Versprechungen wurden gepaart mit Bestheiten und Drohungen. Jeder Unternehmer, der nicht aussperrt, also nicht wider die Vernunft handelt, soll zunächst in der Fachpresse angeprangert und dann nach den satzungsgemäßen Bestimmungen bestraft werden. All dies hat an dem Riß im Arbeitgeberverbande nicht viel geändert. **Viele Unternehmer der Holzindustrie sind bereits aus dem Verband ausgetreten, weil sie es ablehnten, sich eines Vertragsbruches schuldig zu machen, wie ihn der Arbeitgeberverband befohlen hat.** Er bestimmte z. B. unter anderem auch, daß Ferien und Feriengelder während der Dauer der Kampfbewegung nicht gewährt werden dürfen. Das ist eine **Anweisung zum Vertragsbruch**; denn nach den noch geltenden Verträgen haben die Arbeiter bei Lösung des Arbeitsverhältnisses Anspruch auf Ferien. Den Unternehmern aber kommt es eben auf eine Vertragsverletzung mehr oder weniger nicht an!

Ueber den Stand des Kampfes im Reiche liegen folgende Einzelmeldungen vor:

**Eilenburg**, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Durch die Aussperrung der Holzarbeiter, die am Sonnabend in Kraft trat, werden in Eilenburg etwa 950 Arbeiter betroffen.

**Leipzig**, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Von der Aussperrung der Holzarbeiter sind in Leipzig 1100 Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes betroffen worden. Die Großindustrie hat fast restlos ausgesperrt, dagegen wird in den Innungsbetrieben im allgemeinen noch gearbeitet.

**Weimar**, 16. Juni. (Radiomeldung.) Die Aussperrung der Holzarbeiter ist in Thüringen allgemein. Die Unternehmer ließen bekanntmachen, daß die Arbeiter weiterbeschäftigt werden könnten, die sich bereit erklärten, zu den alten Bedingungen zu arbeiten. In Weimar ist die Aussperrung im vollen Umfange durchgeführt worden. Es sind 300 Holzarbeiter ausgesperrt.

**Stuttgart**, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In Stuttgart sind von der Aussperrung in der Holzindustrie fast 40 Prozent der Holzarbeiter betroffen. Der Schlichtungsausschuß hat am Sonnabend einen Schiedsspruch gefällt, der einen Durchschnittslohn von 88 Pf. mit Geltung bis 5. August festsetzt. In den übrigen württembergischen Orten sind noch etwa 500 Holzarbeiter ausgesperrt.

**In Stuttgart und Ulm sind die Güterbodenarbeiter in den Streik getreten.** Sie verlangen eine angemessene Erhöhung der Ortslohnzulage. Infolge des Streiks ist die Abnahme von Frachtstückgütern nach Stuttgart gesperrt.

## Verschärfter Hafenarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Zu dem Streik der Hafenarbeiter im Ruhrrevier wird berichtet, daß die Hafenarbeiter in Herne beschlossen haben, sich dem Streik anzuschließen. Seit gestern steht der Gesamtverkehr im Wanne-Herne-Kanalhafen. Die Bewegung scheint auch auf andere Hafenbezirke des Rhein-Herne-Kanals überzugreifen. Dort fordern die Hafenarbeiter Erhöhung des Stundenlohnes von 60 auf 90 Pf.; sie kündigen im Falle der Nichtbewilligung an, sich dem Streik anzuschließen.

**Der Theaterstreik in Weimar.** Das technische Personal des Deutschen Theaters, das auf die Verscherung der Theaterleitung hin, es erhalte einen Zuschlag von 20 Prozent auf die Staatsarbeiterlöhne, die Arbeit wieder aufnahm, ist neuerdings wieder in den Streik getreten, da die Regierung den vom Schlichter gefällten Spruch ablehnte. Durch den Streik des technischen Personals sind die Schillerbund-Festspiele, die am Dienstag ihren Anfang nehmen sollten, in Frage gestellt.

**Die Metallarbeiter von Charlerwi** haben Montag mit großer Stimmenmehrheit den sofortigen Streik beschlossen, nachdem die Unternehmer den Kompromißvorschlag des Arbeitsministers abgelehnt und sogar auf hyprozentige Lohnherabsetzung bestanden haben. An dem Streik sind 15 000 Arbeiter beteiligt.

## 15. Verbandstag der Friseurgehilfen.

Der im Jahre 1889 gegründete Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes hat seinen 15. Verbandstag zum 15. Juni ins „Friedrich-Ebert-Heim" (Schloß Tännich) einberufen. Die Tagesordnung sieht u. a. Referate vor über den Wiederaufbau der Sozialpolitik und über die Genossenschaftsfrage im Friseurgewerbe.

Der Geschäftsbericht umfaßt die Jahre 1921 bis 1924. In zwei Ziffern kommt der höchste Grad der Schein-Blüte und das tiefste Inflationsniveau zum Ausdruck. Im 1. Vierteljahr 1920 wurden 109 306 Beiträge geleistet, im 2. Vierteljahr 1924 dagegen 29 002. Die Lehrlingszüchterei im Friseurgewerbe verjagte früher eine ganze Reihe von Ländern mit Gehilfen, vor allem die Schweiz und England. Dabei blieben in Deutschland trotzdem ständig noch so viele Gehilfen stellungslos, daß sich in den Großstädten ein förmliches System der Gehilfen-Beschäftigung des Sonnabends und Sonntags zur Aushilfe herausbildete. Wovon diese „Aushilfen" an den übrigen fünf Tagen lebten, was sie die ganze Woche trieben, darum kümmerten sich die Meister und ihre Innungen nicht. Nach Kriegsende wurden alle in den Ententeländern internierten deutschen Friseure in ihr Vaterland abgeschoben. Da sowohl durch den Mangel an Wohnungen und Ladenlokalen wie durch die unerschwinglichen Preise für Geschäftseinrichtungen der frühere Ausweg des Selbständigwerdens verlegt war, begann eine allgemeine Berufsflucht. Doch als die Scheinkonjunktur beendet war und der große Abbau einsetzte, wurden die meisten Berufsflüchtigen wieder ihrem ehrbaren Handwerk zugeführt.

In ihrem jahrzehntelangen Kampf gegen die Lehrlingszüchterei ist es der Gehilfenorganisation unter der Ministerschaft Steinrings in Preußen gelungen, unterm 2. März 1923 **ein einschränkende Verordnung zu erzielen.** Obschon diese Maßnahme im Interesse des gesamten Berufes liegt, versucht ein Teil der Selbständigen dagegen Sturm zu laufen. Zur Gesundung der Berufsverhältnisse hat auch die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe in den meisten Großstädten beigetragen, deren reichsgesetzliche Einführung aber, die auch von dem Innungsbund der Friseure, der bedeutendsten Arbeitgeberorganisation gefordert wird, noch immer auf sich warten läßt.

Der Verbandsvorstand hat auf Grund einer Statistik der Arbeitgeberorganisation versucht, die Zahl der jetzigen Berufstätigen zu ermitteln. Er kam zu dem Ergebnis, daß gegenüber der Berufszählung von 1907 die Zahl der Selbständigen von 41 809 auf 37 745 zurückgegangen ist, die Zahl der Gehilfen von 23 324 auf rund 15 000 und die Zahl der männlichen Lehrlinge von 14 050 auf rund 6000. Dagegen weisen die Ziffern der weiblichen Berufsangehörigen eine verhältnismäßig starke Steigerung auf, und zwar die der Gehilfinnen von 1283 auf 4975 und die der Lehrmädchen von 241 auf 2148. Insgesamt würde sich eine Abnahme der Berufsangehörigen von 80 677 auf 66 878, um 18,8 Prozent, ergeben. Diese Veränderung bedeutet eine wesentliche Gesundung des früher total überlaufenen Friseurgewerbes, die nicht zuletzt dank der Wirksamkeit der Gehilfenorganisation tatsächlich eingetreten ist.

Zurzeit zählt der Verband in 58 Zweigvereinen 8520 Mitglieder gegen 2490 bei Kriegsausbruch. In 31 Tarifverträgen waren Ende 1924 die Arbeitsbedingungen für 9098 beschäftigte Personen geregelt. Die eifrige Tätigkeit der kleinen Organisation wirkt sich weit über ihren Mitgliederkreis auf die gesamten Berufsverhältnisse recht günstig aus.

## Wie Kommunisten den Achtstundentag fördern!

Aus Metallarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

Nach dem Geschrei der Kommunisten zu urteilen, sind sie nur die alleinigen Verfechter des Achtstundentages. Es vergeht wohl keine Gewerkschaftsversammlung, wo nicht der Achtstundentag herhalten muß, um über den „Verrat der reformistischen Gewerkschaftsleitungen" zu schimpfen. Bei dieser Kritik vergessen sie die realen Machtverhältnisse zu beachten, es sei denn, sie haben als Verantwortliche eine Entscheidung örtlicher oder betrieblicher Natur zu treffen, wo sie dann sehr wohl erwägen, wie weit ihre Kräfte reichen. Vor den Arbeitern suchen sie sich dann dadurch zu schützen, indem sie auf die Gewerkschaftsspitzen schimpfen, die daran schuld sein sollen, wenn es nicht möglich ist, ihre Grundsätze aufrechtzuerhalten.

Allen, die die Gewerkschaftsbewegung objektiv verfolgen, ist bekannt, daß sich die **Gewerkschaften mit aller Energie für die Erhaltung des Achtstundentages eingesetzt haben.** Besonders in der Metallindustrie sind große Kämpfe von langer Dauer geführt worden und je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen von Erfolg und Mißerfolg begleitet gewesen. Wir erinnern an den Kampf der Metallarbeiter Magdeburgs um die Erhaltung des Achtstundentages im Januar 1924, dem sich die hallischen Metallarbeiter, entgegen eines Organisationsbeschlusses, anschlossen und dadurch wesentlich zum Mißerfolg des Kampfes beitrugen. Damals wurde zwar der Achtstundentag grundsätzlich festgelegt, aber es mußte den Unternehmern zugestanden werden, je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Betriebes 54 bzw. 56 Stunden pro Woche arbeiten zu können. Es wurden später vom DMVV. wiederholt Vorstöße unternommen, die verlängerte Arbeitszeit wieder zu beseitigen. Es war möglich, eine kleine Verbesserung zu erreichen, so daß unter den oben erwähnten Voraussetzungen bis 54 Stunden pro Woche gearbeitet werden kann. Bei den Verhandlungen im März d. J. hob die Bezirksleitung des DMVV., in einem Schreiben an den Schlichtungsausschuß Halle, besonders die Gießereigruppen hervor, weil dort die Arbeit eine schwere und gesundheitsschädliche sei, so daß für diese Gruppe eigentlich weniger wie acht Stunden Arbeit in Frage kämen. — Der Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller erklärte bei den verschiedenen Verhandlungen des öfteren, daß die Arbeiter im allgemeinen den Achtstundentag gar nicht verlangen, die Forderung sei lediglich als Forderung der Gewerkschaftsleitungen aufzufassen. Und sieht man sich die Haltung mancher Arbeiter an, so hat es den Anschein, als ob sie bis zu einem gewissen Grade recht haben.

Man braucht sich nur die letzten Vorgänge in der Gießerei der Firma Wegelin u. Hübner in Halle zu betrachten. Die Firma hat sehr viel Aufträge, die die Gießerei nicht bewältigen konnte und wurde daher sehr viel Arbeit nach auswärts vergeben. Der kommunistische Betriebsrat beschwerte sich bei der Direktion über die Vergebung der Arbeit, worauf dieselbe erklärte, die Arbeit wieder zurücholen zu wollen, wenn die Arbeiter länger arbeiten würden. Eine Betriebsversammlung für die Gießerei, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, lehnte das Ansinnen, Ueberstunden zu leisten, ab. Aber die Beteiligung an der Versammlung war eine schwache und da anscheinend der kommunistische Betriebsrat der Direktion Versprechungen gemacht hatte, wurde nochmals abgestimmt. Die Former und Kernmacher erhielten jeder einen Stimmzettel, während dem die Hilfsarbeiter mit Absicht ausgeschaltet wurden. Bei der nochmaligen Abstimmung war das beschämende Resultat zu verzeichnen, daß **mit großer Mehrheit beschlossen wurde, 60 Stunden pro Woche zu arbeiten.** Man bedenke: Durch Schiedsspruch ist eine Höchstarbeit von 54 Stunden pro Woche festgelegt, keiner kann dazu gezwungen werden (es sei denn aus betriebstechnischen Gründen), länger zu arbeiten, und die Former und Kernmacher der Gießerei Wegelin u. Hübner konnten her und beschließen — nicht aus zwingenden, sondern aus geschäftlichen Gründen — eine Arbeitszeit von sechzig Stunden pro Woche!

Die Angelegenheit wurde auf der am 7. Juni in Halle stattgefundenen Gießerei-Konferenz für den Bezirk Halle besprochen. Dort erklärte der Branchenleiter der hallischen Former und gleichzeitiges Ortsverwaltungsmitglied, welcher bei Wegelin u. Hübner arbeitet, daß wohl der Beschluß gefaßt sei, länger zu arbeiten, aber nicht länger gearbeitet würde und es wahrscheinlich auch nicht dazu käme. Auf Grund der Besprechung dieser Angelegenheit auf der Gießerei-Konferenz nahm der Betriebsrat am 8. Juni dazu Stellung. **Ein Vorschlag, nicht länger zu arbeiten,** wurde von dem Betriebsratsvorsitzenden abgewehrt und von ihm erklärt, daß vier Wochen die Ueberstunden geleistet werden müßten. Es wurden noch Vorwürfe erhoben gegen diejenigen, die die Angelegenheit auf der Gießerei-Konferenz zur Besprechung gebracht hätten. **Dieser Vorgang ist ein Skandal allerschlimmster Art und wirklich wert, weit über die Grenzen Halles hinaus verbreitet zu werden,** zumal in der Gießerei ein Teil derjenigen sitzt, die in den Mitgliederversammlungen des DMVV. in Halle das Maul besonders aufreißen über den „Verrat der Gewerkschaftsbureaukratie" und auch sonst immer die im Vordergrund der Bewegung stehenden Kollegen anekeln — wobei sich besonders der Vertreter der Gießerei im Betriebsrat hervortut. Es muß festgestellt werden, daß **vom Betriebsrat der Beschluß, Ueberstunden zu leisten, direkt gefördert** wurde. Wir wollen noch besonders hervorheben, daß der schon erwähnte Branchenleiter der Former und gleichzeitiges Ortsverwaltungsmitglied in den Besprechungen kein Wort gegen die Verlängerung der Arbeitszeit gesagt hat. **Auch die rein kommunistische Ortsverwaltung des DMVV. hat bis heute noch nichts gegen den Beschluß unternommen.** Im sonst so geschwätzigen „Klassenkampf" ist ebenfalls nichts darüber zu lesen. Was wäre für ein Geschrei angestimmt worden, wenn bei der Beschlußfassung ein Gewerkschaftsvertreter der Amsterdamer Richtung mitgewirkt hätte? Was natürlich nie eintreten wird, weil „Reformisten" etwas derartiges nicht mitmachen und eine solche Sabotage des Achtstundentags den „revolutionären Klassenkämpfern" überlassen bleibt.

Die Organisationsverhältnisse sind in Halle an sich schon keine guten. Der Vorgang bei der Firma Wegelin u. Hübner wird wiederum in der Entwicklung der Gewerkschaften hemmend wirken, zumal sich auf Grund des Beschlusses der Former auch eine längere Arbeitszeit bei den Drehern und anderen Berufen dieser Firma ergibt. Wann endlich werden auch die hallischen Metallarbeiter aus ihrem Schlaf aufwachen und genau so wie in anderen Orten den Moskauer Gewerkschaftsgertörern den Laufpaß geben? Wann?

## Gesamtergebnis der Arbeiterkammerwahlen.

**Bochum**, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das Gesamtergebnis der Arbeiterkammerwahlen für den Ruhrbergbau liegt bis auf 7 Schachtanlagen vor. Es haben Stimmen erhalten: Deutscher Bergarbeiterverband 88 786, Christlicher Gewerkschaftsverein 56 687, Union 44 269, Polen 5444, Hirsch-Duncker 6273, ungültig 927, Afa 6367, Verband oberer Grubenbeamten 2722, GdA. 1687, Verband kaufmännischer Grubenbeamten 8585, Deutscher Grubenbeamten- und Werkmeister-Bund 1216, Reichsverband deutscher Bergbaumangestellten 1294, ungültig 71.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches, Lokales und Provinz: G. Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

MONNA VANNA
im gelben Gewande
DIE 5-₰ ZIGARETTE
ADLER-COMPAGNIE A.G. DRESDEN

**Korpulenz im Sommer**
ist ganz besonders lästig. Korpulente und alle zum Starkwerden Veranlagten sollen gerade jetzt im Sommer zur Reduzierung ihrer Körperformen etwas Ordentliches tun. Wir raten, 30 Gramm echte Toluba-Kerne zu kaufen, die unschädliche, aber wirksame, den Körperansatz reduzierende Stoffe enthalten. Sie erhalten Toluba-Kerne in den meisten Apotheken, wo nicht, werden Ihnen Toluba-Kerne völlig porto- und spesenfrei übersandt durch das Pharmazeutische Kontor E. Wolf in Hannover. Die Bestandteile sind auf der Packung angegeben. 4207

Alle Magen- | Nerven- | Gallensteinleiden
gesunden bestimmt: Dr. med. G. Campe G. m. b. H. Magdeburg A 846
Krankheit angeben. Inhalt auf den Packungen aufgedruckt. Verlangen Sie sofort Probedosis und Broschüre kostenlos und franko.
3932

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250616-16/fragment/page=0007

# Unsere arbeitende Jugend

## Turnen und Tanz in der Schule.

Von H. Görsch.

Seit dem Kriege haben sich innerhalb des Schulbetriebes die Leibesübungen eine achtunggebietende Rolle verschafft. Nach Meinung ihrer Förderer gilt es, einen Ersatz für die allgemeine Wehrpflicht zu schaffen, oder man gebraucht etwas vorsichtiger das Wort von der „körperlichen Ertüchtigung". Namentlich aus letzterem Grunde sehen moderne Turnstoffpläne so aus, als hätte sie der Professor eines anatomischen Institutes entworfen. Zum Soldaten ist der Arzt gekommen. Beiseite steht nur der, der auch in so manchen anderen Schulangelegenheiten nie um Rat gefragt wird. Das ist der Künstler. Zweifellos haben die kasernenmäßigen Schulgebäude und Schulhöfe, bei denen jede Kunst vermißt wird, auch vom Turnen das Künstlerische fernhalten helfen. Aber die Hauptschuld an dieser Entwicklung trägt der von Anfang an hineingetragene Zweckgedanke: „Jeder Turner soll zum Wehrmann reifen." (Jahn-Eiselen: Die deutsche Turnkunst.) Und doch hat Jahn selbst einmal über diesen Gedanken hinausgefühlt. Im „Deutschen Volkstum" fordert er nämlich unter dem Stichwort „Leibesübungen" zum Schwimmen, Schlittern, Rudern, Steuern, Segeln auf, weil unsere geographischen Verhältnisse derartige Leibesübungen geradezu erzwingen. Damit kommt er der tiefsten Ursache aller körperlichen Betätigung, die außerhalb des Arbeitszweckes liegt, sehr nahe. Es ist der Drang im Menschen, den Raum, der ihn umgibt, beherrschen zu lernen und zuguterletzt in ihm aufzugehen.

Diesem Drange ist der bisherige Turnbetrieb nur in einer Anzahl Gerätübungen gerecht geworden, weshalb es auch kein Zufall ist, daß die Kinder solche Uebungen gern betreiben. Dagegen stehen sie dem Turnen ohne Geräte, den sogenannten „Freiübungen" mehr oder weniger ablehnend gegenüber. Die bisherige Art solcher Uebungen vergaß vollkommen die seelische Grundlage, von der oben die Rede war. Ein öder, sandkornübersäter Hof bietet auch tatsächlich wenig Anreiz, sich zu seinem Beherrscher aufzuschwingen. Will man die wagerechte Strecke bewältigen, so ist die dabei nötige Kraftenfaltung lächerlich gering. Nach wenigen Schritten muß schon rechts oder links geschwenkt, zum Ausgangspunkte zurückmarschiert werden. Kein Wechsel der Gangart oder der Formation wird von der Beschaffenheit des Geländes erzwungen und damit gewissermaßen neu erfunden. Ebensowenig ladet die senkrechte Strecke zur Bewegung von innen heraus ein. Nur leere Luft ist über den Köpfen, und das Stoßen von Löchern in den blauen Himmel hinein hat der zwischen Straßenschächten aufwachsende Großstadtmensch schon längst verlernt.

Und darum führt er widerwillig die Kommandos aus, die über den Hof erschallen. Das Gefühl ist erstorben, die Seele hat sich verkrochen — irgendwohin.

Wer aber den Raum, die Welt um sich beherrschen möchte, den muß seine Seele dazu treiben. Es muß etwas in ihr sein, daß sich mitteilen möchte, bis das Ringsum davon erfüllt ist. So wird der Körper Bote des Inneren. Er bewegt sich so in dem Raum, wie es sich drinnen bewegt. Hier aber ist ein ewiger Wechsel von Hell und Dunkel, Hin und Her, Auf und Ab. „Rhythmus" heißt das Treiben in uns, rhythmisch teilt der Körper seiner Umwelt alles mit. Er tanzt.

Aber nicht so, wie Jahn und Eiselen den Tanz kannten. „Zerstörer der Gesundheit, Verderber der Sittlichkeit, Verführer zur Sünde" nannten sie ihn. Dicht dahinter sprechen sie freilich von „alten Reigen, die verloren gegangen sind bis auf ihre letzte Spur im Kehraus und einigen gesellschaftlichen Spielen". Statt diesen Spuren nachzugehen, verwiesen sie ein für allemal den Tanz vom Turnbetriebe.

Hundert Jahre und darüber haben Jahn und Eiselen das Turnen beherrscht. Heute müssen sie um ihre Herrschaft kämpfen. Die Jugend ist erwacht. Nicht im Zelte der inneren Mission, wie man hie und da lesen kann, sondern im Drange nach der Sonne, dem Wald und dem Wasser, von denen die aller Natur feindliche Industriestadt sie gewaltsam geschieden und vergraben hatte hinter dicke Schulwände und in kahle Höfe. Sie fand die Spur zu jenen alten Reigen, sie fand das Schwingen zur Sonne im Grünen, das Hinabtauchen und das Emporjauchzen aus der erfrischenden Flut. Ihre Leiber lernten wieder den eigenen Gedanken gehorchen, und die früher einsamen Prediger des Rhythmus und vom Tanz, der diesen Rhythmus deutet, fanden Jünger. So entstanden Schulen, in denen die Seele den Raum erobern durfte.

Und diese Schulen pochen heute an die eisernen Tore der Volksschulen. Zögernd wird geöffnet. Daß Schulkinder eine Tanzfeele haben könnten, das ist vielen Lehrern etwas Neues. Vielleicht noch die Mädchen, aber die Jungen haben keine Spur davon, höchstens eine Soldatenseele. So hört man reden, wenn sich ein schüchterner Versuch irgendeiner rhythmischen Schule hineinwagt. Aber da ist viel in Kinderseelen, in beiden Geschlechtern, das einen Tanz möchte. Nur sind hundert und mehr Jahre Verschüttung nicht so leicht verwunden. Es ist, als sei alles dafür verkümmert, in Geschlecht auf Geschlecht zurückentwickelt. Nicht mehr reizen Lilien auf schlankem Stengel, hohe Tannen im wogenden Winde, balzende Vögel, röhrende Hirsche zum Mitschwingen. Keine Erlebnisse im dunklen Hain, auf einsamer Straße, im verlassenen Gehöft durchzittern die Seele. Die Feiertage sind ihrer althergebrachten Sitten beraubt, fast leer stehen ihre Formen vor den Augen des Kindes von heute. Woher soll die Seele schöpfen, woher der Körper ins Tanzen geraten? Und dennoch ist der Rhythmus da. Der leiseste Ton irgendeines Musikinstruments läßt aufhorchen, veranlaßt zum Nachschauen, woher das kommt. Das kleinste Flackern Grün verleitet zu übermütigsten Verrenkungen sämtlicher Gliedmaßen, der dünnste Strick am schwingenden Ast muß zur Schaukel werden, die niedrige Mauer fordert zum Ersteigen und flottem Laufen auf. Je mehr mitkommen, um so besser. Bald ist alles wie vom Wirbel gefaßt. Da, wo an der Straßenecke der Wind weht, fassen sich zwei, vier, sechse zur Zittermühle. Hui! wie die Röcke und die Zöpfe fliegen, wie die Mützen „Guten Tag!" sagen und als Vortänzer über das Pflaster rollen. Manchmal auch, mitten im beschaulichen Schaffen an dem Zeichenblatt oder im Schreibhefte, summt von irgendwoher ein Singsang, und es wiegen sich einer, zweie und mehr selbstvergessen in seinem Rhythmus hin und her. Oh, Großstadtkinder können auch tanzen! Nur kommt es so selten dazu, und dann ist fast immer jemand da, der das falsch versteht und auf die verrohte Jugend schimpft. Wenn doch eines Tages die Schulen mitten im Grünen säßen und alles, alles um sie herum und in ihnen drin so, daß einem das Tanzen nur so anfliegt. Dann erst wird das Turnen eine Lust sein, und alle Dinge um uns herum sind dann Mitwisser aller Geheimnisse, die in den Seelen unserer Kinder schlummern!

## Lesesäle.

Von Karl Dörr.

Oeffentliche Lesehallen sind Zufluchtsstätten vereinsamter Menschen. Der Weg solcher Menschen zu einer warmen Stube führt oft über Zeitungen, Bücher in eine Lesehalle. Stunden verbringen sie vor einer Zeitung, ihre Blicke fliegen über die Buchstaben und schweifen im Raume umher. Sie hüllen sich in die Wärme des Zimmers ein und lieben die Ruhe des Saales. Sie kommen nicht, um zu lesen, zu schreiben oder gar zu lernen, sie wollen nur bei nassem Wetter einen trockenen Boden unter den Füßen, und im Winter die Wärme einer Stunde genießen. Sie suchen sich stille Winkel auf, schauen verächtlich auf Bücherregale, und schnarchen in die Stille des Abends hinein.

Diese Menschen haben nur kalte Mansarden, keinen sorgenden Menschen um sich, und leben einsam und verlassen ihre Tage dahin. Der eine malt klägliche Postkarten zusammen und erhält dafür einige Groschen Almosen. Der andere sortiert seine Briefmarken, zeichnet sie aus, klebt sie in Bücheschen, und geht dann auf die Suche nach Käufern. Alte Frauen suchen sich Romane zusammen, lesen drei bis vier auf einmal, warten ungeduldig auf den anderen Tag und leben von den Brosamen solcher kümmerlichen Phantasie.

Diese Menschen sehen in einer Lesehalle nur einen willkommenen Aufenthaltsraum, der Wärme gibt, in dem sie schlafen können, und in dem sie ihre kleinen Geschäftchen erledigen können.

Andere Besucher stürzen auf die Zeitungen los. Sie nehmen gleich zwei unter den Arm, damit kein anderer sie holt. Einige können die ganze Zeitung durchlesen, und andere überfliegen sie nur. Ganz Eilige lesen sie im Stehen, lassen sie sogar an der Wand hängen und durchblättern sämtliche Zeitungen. Raschelt eine Zeitung, zischt es aus der Ecke, flüstert ein Mensch, grollt es aus dem Hintergrunde. Ruhe wird verlangt, Ruhe wird gehalten.

Im Bücherraum sitzen die Menschen aufeinander, keine Tuchfühlung, keine Ellenbogenfreiheit. Stühle und Bänke sind besetzt, Tische sind belegt. In der Ecke stapelt sich einer einen Berg Bücher auf, und ein anderer reißt alle Bücher aus den Regalen und überfliegt ihre Titel. Träumerisch versenkt sich einer in den Inhalt eines lyrischen Buches, sinnend durchlebt ein anderer das Schicksal eines Romanhelden. Hier wird der Kopf in die Hände gestützt, und dort wird fleißig aus den Büchern herausgeschrieben. Der eine zischt englische Laute durch die Zähne, der andere malt Gabelsberger Siegel auf das Papier.

Mannigfaltig sind die Typen, verschieden die Menschen. In diesen öffentlichen Lesehallen wird sich ausgeruht, wird gelesen und gelernt. Frauen flicken und stricken, Backfische lesen Marlitt, Männer durchjagen die Zeitungen, wühlen in Büchern herum. Mancher schreibt seine Geschäftspost und andere ihre Liebesbriefe.

Keiner stört den andern, niemand kümmert sich um den Nachbarn.

Andere Atmosphäre lagert in den wissenschaftlichen Lesesälen. Da gibt es keine romanlesenden Frauen und Mädchen und keine gähnenden und schlafenden Gestalten. Wissenschaftliche Zeitschriften liegen auf und schwere Folianten stehen in Regalen. Geistige Arbeit wird geleistet, neue Erkenntnisse werden gesucht, und Quellen werden durchgearbeitet. Studenten bereiten sich auf Examinas vor; junge Gelehrte suchen Material zusammen und alte Professoren schwelgen in dicken Schmökern. Aber nicht nur geistige Arbeiter sitzen vor breiten Tischen und lassen den gedämpften Schein der Lampen über die Bücher gleiten, sondern auch junge Arbeiter suchen sich Belehrung, arbeiten sich durch wissenschaftliche Werke hindurch und schaffen sich eine Grundlage für weitere geistige Arbeit. Hier flüstern nicht alte Weiber ihre Romane vor sich hin, und keiner sucht in den Zeitungen die Gerichtschronisen zusammen.

Die Büchertwelt umgibt den Menschen. Verstaubt sind nicht nur alte Lederbände, sondern auch Menschen. Bleich die Gesichter, krumm der Rücken und abwesend die Blicke. Die Welt der Wirklichkeit meiden sie und umkleiden die Dinge des Lebens mit den Formeln der Theorie. Armut schaut oft aus den Kleidern, Hunger aus den Augen. Der eine macht mit leerem Magen seine Doktorarbeit, der andere arbeitet an einem wissenschaftlichen Artikel, um Geld für den nächsten Tag zu erlangen. Es sind die Aermsten, die in den wissenschaftlichen Lesesälen arbeiten müssen. Auch ihnen fehlt das Geld für die Bücher. Zeitschriften können sie sich nicht halten, die Ruhe für geistige Arbeit flieht aus ihren Zimmern, und nur aus der geistigen Umgebung der wissenschaftlichen Lesesäle schöpfen diese Menschen Schaffenskraft.

Auch in diesen Leseräumen findet man Typen, Originale. Der eine wühlt in den Haaren und kaut an den Nägeln, der andere stiert zur Decke und durchlöchert die Luft. Hier liegt einer mit der Nase auf dem Buch. Dort verschwindet der Kopf in einem Bücherberge. Würdevoll sitzen die Alten, fiebrig die Jungen. Frische Mädels sitzen neben trockenen Büchermenschen, grauköpfige Professoren neben jungen Arbeitern. Der eine arbeitet für seinen Unterhalt, der andere für seinen Beruf und seine Weiterbildung. Alle arbeiten mit dem Gehirn, der eine freut sich des Spiels seiner Gedanken, der andere schöpft mühsam die Gedanken aus dem Gehirn.

Auch hier stören sich die Menschen nicht, jeder arbeitet sein selbst gesetztes Pensum durch, und achtungsvoll gehen die Menschen aufeinander.

## Zukunftsforderung und Erziehungsarbeit.

Von Reinhold Zimmer (Breslau).

Die schaffenden Menschen kämpfen wirtschaftlich und politisch augenblicklich um das Recht, ihr eigenes Schicksal nicht mehr abhängig zu sehen von der Gewalt rücksichtsloser Mächte, sondern selbst darüber zu bestimmen. Die Erreichung dieses Zieles setzt die Geschlossenheit der arbeitenden Massen voraus und verlangt, daß keine Mühe zu groß sei, sich geistig die Herrschaft zu erringen. Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Recht sind ja nicht die Macht an sich; es handelt sich doch letzten Endes darum, in welcher Richtung menschlicher Geist und Wille diese Formen zu gebrauchen weiß und ob ihre Nutzung dem Vorteil weniger Herrschender und der Sicherung ihrer Macht dient, oder ob sie dem Wohle der Gesamtheit sich dienstbar zeigen. Es dürfte gerade jetzt, wo die Rechtsparteien sich vergeblich mühten, einen überragenden Mann zu finden, kaum zu behaupten sein, daß Geist und Fähigkeiten von vornherein auf dieser Seite stünden. Jeder Praktiker weiß außerdem, daß der „Wehrbahn" aus Hauptmanns „Biberpelz" gar keine seltene Erscheinung ist. Vielleicht dürfte man mancherlei klotzige Dummheit desto leichter fassen, wenn man überlegt, daß auf jener Seite die Pflege und Entwicklung des Geistes kaum nötig war. Man hatte ja die Macht!

Warum ist aber trotzdem diese Klasse den arbeitenden Menschen so überlegen?

Wir haben zu wenig Selbstgefühl und fühlen uns in zahllosen Fällen sehr unsicher, weil die Beherrschung äußerer Formen uns abgeht. Vor Titeln, Stellung und Umgangsform knicken unsere Leute oft noch zusammen. Was sind jene Leute? Doch auch nur Menschen, die oft nicht halb leisten, was der Arbeiter an Werten schafft. Denn der Amtsschimmel ist immer noch lahm genug, und manche amtlichen Stellen könnten Geist und Energie ohne Schaden noch aufnehmen. Der Arbeiter lerne, auf seine Stellung stolz zu sein, sich seines Kittels und der harten Hand nicht zu schämen. Er möge aber zugleich in seiner Familie allen Ernstes dafür sorgen, daß unser Jungvolk etwas „gesellschaftlichen Schliff" bekomme. Damit wächst das Gefühl der Sicherheit und Ebenbürtigkeit, die wichtig sind im Kampf um Recht und Macht.

Ebenso notwendig scheint die Pflege einer gesunden Unzufriedenheit nach jeder Richtung. Wir dürfen unsere Jugend nicht zufrieden sein lassen mit dem Stand ihres Geistes und ihrer Kenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge. Diese Forderung bedeutet Lernen, und zwar so, daß wir eine Möglichkeit finden, das Gelernte aufbauend zu verwerten im Dienste unserer Klasse, daß wir eine Aufgabe zu erfüllen vermögen. Wir dürfen weiter mit allem, was uns umgibt, was unsere Wohnung oft mehr füllt und verunstaltet, als sie gesund, wohnlich und schön macht, nicht vorlieb nehmen. Fort auf allen Lebensgebieten mit der dummen Redensart: „Für den Arbeiter ist das gut genug!" Lernt Ansprüche stellen an das Leben! Aber — lernt auch auch die Waffen ancignen, ihre Verwirklichung zu erkämpfen. Alle Unzufriedenheit diene nicht dem bloßen Vereinen, sondern löse die Kräfte zu Kampf und Aufstieg!

Wenn Elternhaus und sozialistische Jugendorganisation, in solchem Sinne zusammenwirken, dann wird ein klarer Weg zur Höhe beschritten. Der Sieg ist unser; denn auf unserer Seite ist die sittliche Idee!

## Schloß Tännich.

Brief einer Arbeiterin an ihre Freundin.

Schloß Tännich ist wohl eines der schönsten gelegenen Schlößchen im Thüringer Wald, denn idyllischer könnte es nicht liegen. Schaut man sich in der Umgebung um, dann sollte man meinen, die ganze Welt besteht aus Bergen und Wäldern, und doch muß man über die Berge hinweg an öde Großstädte, Fabrikschlote und Bergwerke denken, ja, öde, trotz Kaserei und Alltagslärm. Kommt man in das Schlößchen hinein, dann beschleicht einen eine Behaglichkeit, wie man sie nur in einem eigenen Heim empfinden kann. Die Menschen, sollte man meinen, sind Bruder und Schwester, fast sind sie alle gleich. Gehen wir die Räume hindurch, dann erfüllt es uns mit Stolz und mit Ehrfurcht zugleich vor dem großen, schönen Bau, den sich der Verband der SAJ. leisten konnte. Wir kommen zuerst in die Diele, wo die Mahlzeiten eingenommen werden, rechts davon der Alfred-Hauf-Raum und links der Kursus-Raum. Im ersten Stock sind sechs große Schlafräume für Ferien-gäste und das Lese- und Unterhaltungszimmer. Im oberen Stock sind die Jugendherbergsräume. Uebernachten können hier fast 200 Jugendgenossen. Aber auch ältere Genossen mit ihren Familien verbringen ihre Ferienzeit im Heim der Jugend. Die Verpflegung ist sehr gut.

Für alle hier Anwesenden ist in jeder Weise für angenehme Unterhaltung gesorgt. Dem Belesenen stehen Bücher aller Gattungen zur Verfügung. Zwei Bücherschränke zieren den Leseraum. Aber auch Sport kann betrieben werden, und wen sollte auch der herrliche Park mit seinen riesigen Rasenplätzen nicht locken, sich dort zu tummeln? Es gibt aber auch besonders Ruhebedürftige hier; für diese finden sich zahlreiche sonnige und schattige Lagerplätze.

An den ersten Abend, den ich hier verlebte, werde ich wohl des öfteren denken müssen. Es war nämlich Genosse Kanitz (Wien) hier anwesend; dieser hatte mit seinem drolligen, gemütlichen Wesen die Aufmerksamkeit aller auf sich gezogen, so daß andauernd Lachsalven zu uns ins Lesezimmer drangen. Dann hieß es: „Kommt nach Tisch zu dem Wiener Abend im Park!" Nach einer Schilderung über die Sozialdemokratische Bewegung in Wien begann Genosse Kanitz mit seinen heiteren Erzählungen und Gesangsdarbietungen. Aber um 10 Uhr mußte Schluß sein, und wir gingen, eine große Gemeinschaft, zurück in die Zimmer, um am nächsten Tage neu gestärkt die sonnige, goldige Freiheit zu genießen.

Schade, daß jeder vergangene Tag verlorengeht für die noch in Aussicht stehenden freien Tage.

Ich wünschte nur, wir hätten 100 solcher Heime, damit jedem Arbeiterkind ein längerer Aufenthalt darin möglich wäre.

Vieles könnte ich noch schreiben, aber dies wird genügen, um Dir einen kurzen Einblick in das Heim der SAJ. gegeben zu haben. Aber interessieren wird es Dich noch, zu wissen, daß vor einiger Zeit Berliner Kinder von der AW. zur Erholung hier waren, und noch sollen 10 aus Schlesien kommen. Ist das nicht erfreulich?

Nun will ich schließen. Am Sonnabend verlasse ich diese Stätte der Freude und des Sonnenscheins und zurück geht's an die Arbeit in den grauen Alltag hinein.

Herzlich grüßt Dich Deine A. R.

**Der Kirchendampfer.** Ein englischer Geistlicher, Dr. Grenfell, hat durch öffentliche Sammlungen die Mittel aufgebracht, um eine frühere Privatdampfyacht zu erwerben, auf der er demnächst in See stechen wird, um die Hochseefischer an den Stätten ihrer Arbeit aufzusuchen und ihnen hier auf hoher See das Wort Gottes zu verkünden. Das Schiff hat einen Tonnengehalt von 90 Registertonnen und verfügt über alle neuzeitlichen Einrichtungen, unter denen sich auch eine leistungsfähige Radioanlage befindet. Ein großer Teil des Schiffes ist als Kapelle ausgebaut. Der Kirchendampfer wird zunächst Labrador aufsuchen, wo Dr. Grenfell einen besonders ergiebigen Wirkungskreis nicht zuletzt auch auf dem Gebiete der Missionstätigkeit zu finden hofft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192506 16/fragment/page=0008